



Wilfried Marxer

Wahlchancen von Frauen in der liechtensteinischen Politik

Analysen zu den Landtagswahlen 2005 in Liechtenstein (1)



Beiträge 30/2005

Beiträge Liechtenstein-Institut Nr. 30/2005

Die Verantwortung für die „Beiträge Liechtenstein-Institut“
liegt bei den jeweiligen Autoren.

Kontakt: Dr. Wilfried Marxer (wm@liechtenstein-institut.li)

Wilfried Marxer
**Wahlchancen von Frauen in der
liechtensteinischen Politik**
Analysen zu den Landtagswahlen 2005 in
Liechtenstein (I)

Beiträge Nr. 30/2005 - ISBN 3-9522986-8-9

Fachbereich Politikwissenschaft

Liechtenstein-Institut, Auf dem Kirchhügel, St. Luziweg 2, FL-9487 Bendern
Telefon (00423) 373 30 22 - Fax (00423) 373 54 22
<http://www.liechtenstein-institut.li> - admin@liechtenstein-institut.li

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
2	Ausgangslage, Fragestellung, methodische Bearbeitung	2
2.1	Vorgeschichte	2
2.2	Wissenschaftliche Auseinandersetzung	3
2.3	Bestrebungen zur Frauenförderung	4
2.4	Fragestellung	7
2.5	Mandatsverteilung 2005	7
2.6	Hypothesen	8
2.7	Datenbasis	10
2.8	Theoriebezug	10
3	Analyse von Aggregatdaten	14
3.1	Persönlichkeitsaspekte im Wahlrecht	14
3.2	Berechnung des Geschlechtervergleichs	15
3.3	Streichungen von Kandidatinnen und Kandidaten	17
3.4	Sympathiestimmen für Kandidaten und Kandidatinnen	19
3.5	Kombination von Sympathiestimmen und Streichen	19
3.6	Kandidatinnenanteil und Wahlchancen der Frauen	22
3.7	Interpretation der Ergebnisse	24
4	Analyse von Individualdaten: Frauenwahl	25
4.1	Zunehmende Frauenunterstützung	25
4.2	Bivariate Analysen	26
4.3	Multivariate Analysen	31
4.4	Interpretation der Ergebnisse	33
5	Analyse von Individualdaten: Einstellungen	35
5.1	Frau und Politik	35
5.2	Optimales Profil der Kandidatinnen	36

II

5.3	Einschätzung von Förderinstrumenten	37
5.4	Geschlechterunterschiede	39
5.5	Interpretation der Ergebnisse	40
6	Zusammenfassung und Ausblick	42
7	Literatur	43

1 Einleitung

Seit der Einführung des Stimm- und Wahlrechts für Frauen im Jahr 1984 sind nun mehr als 20 Jahre vergangen. Der Erfolg der Frauen in der Politik nimmt sich auch nach dieser Periode immer noch eher bescheiden aus. Von 25 Landtagsmandaten konnten die Frauen 1997 ein Mandat erobern, 2001 drei Mandate und 2005 sechs Mandate. Dies ist auf den ersten Blick eine beeindruckende Steigerungsrate. Eine Besserstellung der Frauen in der Politik zeichnet sich ab, trotzdem ist Politik in Liechtenstein nach wie vor stark in Männerhand. Mandatszahlen sind das eine, die Ursachen und Gründe, die zu den Mandatsverteilungen führen sind das andere. In Liechtenstein reichen oftmals wenige Stimmen aus, um ein Mandat zu gewinnen oder zu verlieren, sei dies als Partei oder als Kandidatin bzw. Kandidat. Der vorliegende Beitrag widmet sich der Frage nach der Stellung der Frauen in der liechtensteinischen Politik. Der Schwerpunkt wird dabei auf den Wahlerfolg von Frauen und Männern bei den Landtagswahlen gelegt. Den Grundstein für die Analysen legen sowohl amtliche Wahldaten wie auch Individualdaten, die in den Nachwahlumfragen von 1997, 2001 und 2005 erhoben wurden. Leitfrage wird sein, was sich in der Stellung der Frauen in der Politik in dieser Zeitperiode verändert hat, sowohl betreffend der Erfolge und Misserfolge bei Wahlen wie auch betreffend der Einstellungen und dem Wahlverhalten der Wählerinnen und Wähler.¹

¹ Für die kritische Durchsicht des Beitrages bedankt sich der Autor bei Bernadette Kubik-Risch, Maja Marxer-Schädler und Sabrina Vogt.

2 Ausgangslage, Fragestellung, methodische Bearbeitung

2.1 Vorgeschichte

Es hat lange gedauert, bis im Jahr 1984 das Stimm- und Wahlrecht der Frauen in Liechtenstein eingeführt wurde.² Eine wichtige Hürde auf dem Weg zur Gleichstellung der Geschlechter war damit genommen. Die Gleichberechtigung allerdings war damit nicht vollständig realisiert. Vieles blieb noch zu tun.³ In den beiden folgenden Jahrzehnten konnte dann die rechtliche Gleichstellung der Geschlechter weitgehend abgeschlossen werden.⁴ Die rechtliche Gleichstellung führte aber nicht automatisch zu einer politisch ausgewogenen Vertretung von Frauen in der Politik. In allen politisch relevanten und politikhnen Feldern sind und waren nach wie vor Männer stark überrepräsentiert.⁵

Tabelle 1: Männer- und Frauenanteil in politischen und anderen staatlichen Gremien 2004 (Landtag auch 2005)

Gremium	Männeranteil	Frauenanteil
Regierung	80 %	20 %
Landtag bis März 2005	88. %	12 %
Landtag ab März 2005	76 %	24 %
Vorsteher	100 %	0 %
Gemeinderat	69 %	31 %
Amtsleitung	97 %	3 %
Halbprivate Unternehmen	83 %	17 %
Staatliche Kommissionen	79 %	21 %
Staatliche Anstalten	76 %	24 %
Gerichte	76 %	24 %
Staatliche Stiftungen	70 %	30 %

Quelle: Amtliche Statistik; Staatskalender der Regierung, nach: Marxer 2004a, S. 13ff.

² Ausführliche Darstellung bei Marxer V. 1994, knappe Darstellung bei Marxer 2004, S. 4-10.

³ Vgl. Herovitsch 1992; diverse Beiträge in Frauenprojekt Liechtenstein 1994.

⁴ Vgl. Marxer 2004, S. 30-37.

⁵ Ausführlich bei Marxer 2004, S. 11-29. Zur Untervertretung der Frauen in der Wirtschaft Hersche 2005; Frick 2005. Am Liechtenstein-Institut entsteht eine Studie zum unterschiedlichen Karriereverlauf von Frauen und Männern (Bearbeitung: Martina Sochin/i.Vorb.), die Ende 2005 erscheinen wird. Die Stabsstelle für Chancengleichheit erarbeitet eine neue Broschüre mit Vergleichsdaten von Männern und Frauen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft Liechtensteins, welche im Jahr 2006 erscheinen soll (Bearbeitung: Christiane Rein).

2.2 Wissenschaftliche Auseinandersetzung

Nicht nur in Liechtenstein erweist sich der Zugang der Frauen zur Politik als schwieriges Pflaster.⁶ Nach Angaben der Interparlamentarischen Union existiert kein Land auf der Welt, in welchem der Frauenanteil im nationalen Parlament mehr als 50 Prozent ausmachen würde – wahrscheinlich existiert auch kein Land, in dem der Frauenanteil in der Bevölkerung weniger als 50 Prozent ausmacht. Der Spitzenrang wird von Ruanda mit einem Anteil von 48.8 Prozent eingenommen, gefolgt von den skandinavischen Ländern. In den deutschsprachigen Länder beträgt der Anteil knapp über 30 Prozent im Falle von Österreich und Deutschland. Der Frauenanteil im schweizerischen Nationalrat (25 Prozent) liegt etwa auf gleicher Höhe wie der Frauenanteil im liechtensteinischen Landtag seit März 2005 (24 Prozent). Mit den Wahlen von 2005 hat sich Liechtenstein in dieser Frage von Rang 71 auf Rang 24 vorgearbeitet. Mit einem Frauenanteil von 12 Prozent lag Liechtenstein vor den Wahlen 2005 im Mittelfeld zwischen Frankreich und Italien.

Tabelle 2: Frauenanteil in nationalen Parlamenten (2005) (Auszug)

Rang	Land	Prozent	Rang	Land	Prozent
1	Ruanda	48.8	22	Schweiz	25.0
2	Schweden	45.3	24	Liechtenstein	24.0
3	Norwegen	38.2	37	Monaco	20.8
4	Finnland	37.5	39	China	20.2
5	Dänemark	36.9	55	San Marino	16.7
6	Niederlande	36.7	50	United Kingdom	18.1
7	Kuba	36.0	60	USA	15.0
7	Spanien	36.0	70	Frankreich	12.2
11	Österreich	33.9	73	Italien	11.5
13	Deutschland	32.8	125	Saudi-Arabien	0.0

Quelle: Interparlamentarische Union.

Weltweit muss also festgestellt werden, dass Frauen nicht proportional zum Bevölkerungsanteil in den nationalen Parlamenten vertreten sind. Die politische und wissenschaftliche Auseinandersetzung über diesen Sachverhalt nimmt entsprechend breiten Raum ein, soll aber an dieser Stelle nicht weiter vertieft werden.⁷ Die Ursachenfor-

⁶ Vgl. zur Lage in der Schweiz in einer Übersicht Bundesamt für Statistik u.a. 2003; Bundesamt für Statistik u.a. 2004 mit Übersicht zur Gleichstellung generell.

⁷ Vgl. etwa die Studie von Meuli/Ladner 2000 zur Vertretung der Frauen in den Gemeindeexekutiven der Schweiz zwischen 1988 und 1998 oder Seitz 2004 zu den Eidgenössischen Wahlen 2003. Die Vielzahl von Gemeinden erlaubte eine Analyse zu den Ursachen unterschiedlicher Frauenanteile in den lokalen politischen Gremien. Dabei erwiesen sich Auswirkungen des politischen Systems als wenig einflussreich, im Gegensatz zu den Gemeindestrukturen (städtisch vs. ländlich) und kulturellen Faktoren (frauenfreundlicheres Klima in der Deutschschweiz). Damit, so Meuli/Ladner, ist die Unterrepräsentation der Frauen aber noch nicht hinreichend erklärt. Als wesentliche Faktoren auf dem Weg der politischen

schung in Liechtenstein zur Frage der Untervertretung der Frauen in der Politik unterscheidet sich nicht wesentlich von den Analysen in anderen Staaten. Schwerpunktmäßig können die folgenden Bereiche genannt werden⁸:

- ◇ Quantitative Ursachen (geringer Frauenanteil in den Parteien und auf Stimmzetteln)
- ◇ Qualifikationsaspekt (geringere Kompetenz und Erfahrung der Kandidatinnen für politische Ämter)
- ◇ Einstellung der Wählerinnen und Wähler (Imagedefizite von Frauen in der Politik, Vorurteile, frauenfeindliches Wahlverhalten)
- ◇ Öffentliche Kommunikation (geringe Frauenpräsenz in Medien, ungünstigere Darstellung von Frauen)
- ◇ Persönlichkeitsfaktoren (geringeres Engagement der Frauen, weniger Selbstvertrauen, Bescheidenheit, geringe Kampf- und Opferbereitschaft, geringerer Ehrgeiz)
- ◇ Soziostrukturelle Faktoren (Doppelbelastung durch Beruf und Familie, Bildungsdefizite)
- ◇ Schwächere Vernetzung (Mitgliedschaft und Führungsaufgaben in Parteien, Vereinen, Verbänden, Wirtschaft u.a.)
- ◇ Ressourcenproblem (weniger finanzielle Ressourcen und Unterstützung für Wahlkampagne)
- ◇ Klima und Stil (dominanter männlicher Politikstil, Kommunikationsformen, Verhaltensnormen).

Geissel/Penrose bieten einen guten Überblick über die theoretischen Erklärungsansätze des Gender-Gaps in der politischen Partizipation.⁹ Sie gruppieren die Ansätze, welche auch grossteils in obiger Aufzählung mitklingen, in vier Hauptgruppen:

- ◇ Sozioökonomische Erklärungsansätze
- ◇ Politisch-kulturelle Erklärungsansätze
 - nationale politische Kultur
 - individuelle politische Orientierungen
- ◇ Institutionentheoretische Ansätze
- ◇ Politischer Sozialisationsansatz

Zu einem Teil dieser Erklärungsansätze kann die Analyse der vorhandenen liechtensteinischen Daten einen empirischen Beitrag leisten, wie weiter unten zu zeigen sein wird.

2.3 Bestrebungen zur Frauenförderung

Nach der Einführung des Frauenstimmrechts in Liechtenstein war, wie erwähnt, das Ende der Gleichberechtigung keineswegs erreicht. Nach den ernüchternden Wahlen von

Gleichstellung sehen die Autoren das interne Engagement der Parteien in dieser Frage, sowie andererseits die Frauen selbst, die mehr Mut und Engagement zeigen müssten. Meuli/Ladner 2000, S. 48ff.

⁸ Vgl. Marxer 1997.

⁹ Geissel/Penrose 2003.13ff.

1997 wurden zunächst Studien in Auftrag gegeben, um die Situation zu analysieren.¹⁰ Darauf aufbauend entwickelte die Kommission für die Gleichberechtigung von Mann und Frau und das Gleichstellungsbüro der Regierung Massnahmenpläne.¹¹ Nach den Wahlen 2001 – ein Frauenanteil von 12 Prozent im Landtag war nicht gerade das erhoffte Ziel – wurden die Aktivitäten fortgesetzt. Die nunmehr umbenannte Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann entwickelte Checklisten, aufbauend auf einer in Auftrag gegebenen Studie.¹² Adressaten waren nun die Parteien und die Medien. Mit der Gründung des Frauennetzes 1997 waren bereits vorab die organisatorischen Voraussetzungen für eine effizientere Umsetzung der politischen Anliegen der Frauen geschaffen, und schliesslich wurde im Vorfeld der Wahlen 2005 eine breit angelegte Kommunikationsoffensive zur Verbesserung der Wahlchancen der Frauen bei den Landtagswahlen gestartet.

¹⁰ Marxer 1997; Stämpfli 1997; 1998.

¹¹ Kommission 1998a; 1998b.

¹² Kutschera u.a. 2000; Kommission 2002. Vgl. Eidg. Kommission 2003.

Abbildung 1: Beispiele aus der Kampagne der Kommission für Gleichstellung von Frau und Mann und des Frauennetzes Liechtenstein zu den Landtagswahlen 2005



Quelle: Liechtensteiner Vaterland v. 17.2.2005



Quelle: Liechtensteiner Vaterland v. 19.2.2005



Quelle: Liechtensteiner Vaterland v. 25.2.2005



Quelle: Liechtensteiner Vaterland v. 18.2.2005

2.4 Fragestellung

Vor den Landtagswahlen vom März 2005 wurde nicht nur das Wahlergebnis, sondern auch das Wahlabschneiden der Frauen mit Spannung erwartet. Würden die Frauen bei drei Mandaten stehen bleiben? Könnten sie Mandate dazugewinnen? Oder drohte sogar ein Rückfall auf den Stand von 1997, als nur eine einzige Frau den Einzug in den Landtag schaffte? Die Rahmenbedingungen hatten sich auf jeden Fall verschoben. Einerseits verstanden es die Frauenorganisationen immer besser, sich zu vernetzen. Mit dem „Frauennetz Liechtenstein“ war 1997 eine Plattform entstanden, die parteienübergreifend alle relevanten frauenemanzipatorischen Institutionen und Bewegungen lose vereinigte. Das Frauennetz sollte mindestens dazu beitragen, das Selbstbewusstsein von kandidierenden Frauen zu stärken, praktische Hilfe anzubieten, und nicht zuletzt auch zu frauenfreundlichem Wahlverhalten zu animieren. In dieser Hinsicht spielten das Gleichstellungsbüro und die Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann eine Schlüsselrolle als Motor und organisatorische Drehscheibe.

Andererseits war zu bedenken, dass für die jüngere Generation, die die Auseinandersetzungen um die Einführung des Frauenstimmrechts und die rechtliche Gleichstellung von Mann und Frau nicht in gleicher Schärfe miterlebt hatte wie die ältere Generation, die Themenaufmerksamkeit für Frauenanliegen vermutlich nur schwach ausgeprägt ist. Ebenso könnte nach der weitgehend erfolgreichen Gleichstellungspolitik der letzten Jahre und Jahrzehnte eine Zufriedenheit mit dem Stand erreicht sein, welche einer weitergehenden politischen Gleichstellung und der Verbesserung der Wahlchancen von Frauen eher entgegenstehen könnten. Es stellte sich also die Frage, ob öffentliche Kampagnen und parteiinterne Diskussionsprozesse noch eine Wirkung erzielen konnten, oder ob die Einstellung in der Wählerschaft nicht bereits den Zenit der Frauenfreundlichkeit überschritten hatte.

2.5 Mandatsverteilung 2005

Das amtliche Wahlergebnis kann trügerisch sein. Die Mandatszahlsteigerung der Frauen von drei auf sechs Mandate lässt auf den ersten Blick erahnen, dass sich die Wahlchancen der Frauen markant verbessert haben. Ein genauerer Blick zeigt allerdings, dass einige Mandate nur knapp zugunsten der Frauen ausgingen. Die beiden FBP-Frauen im Oberland, die mit Rang 6 und 7 die letzten Mandatsplätze auf der Liste der FPB einnahmen, lagen 27 bzw. 36 Stimmen vor dem ersten Ersatzabgeordneten, einem Mann. Auch die beiden VU-Frauen im Unterland schnitten auf den letzten Mandatsplätzen ab, allerdings mehr in Tuchfühlung mit der Spitze als mit dem ersten Ersatzabgeordneten.

Tabelle 3: Abgeordnete und stellvertretende Abgeordnete nach Wahlkreisen, Parteien und Stimmenzahl bei den Landtagswahlen 2005

FBP	Stimmen	VU	Stimmen	FL	Stimmen
Oberland		Oberland		Oberland	
Beck Alois	4424	Quaderer Hugo ¹³	3796	Frick Pepo	1891
Lampert Peter	4346	Brunhart Arthur	3661	Vogt Paul	1815
Lampert Wendelin	4306	Negele Gebhard	3637		
Kindle Elmar	4247	Vogt Heinz	3612		
Wanger Klaus	4119	Beck Jürgen	3518		
Frommelt Doris	3957	Quaderer Harry	3453		
Biedermann Josy	3948				
Ersatz		Ersatz		Ersatz	
Gstöhl Thomas	3921	Caduff Henrik ¹⁴	3417	Heeb-Fleck Claudia	1504
Vogt Urs	3908	Bargetze Rony (Büchel Roland) ¹⁵	3386 (3367)		
Unterland		Unterland		Unterland	
Büchel Markus	2724	Klein Ivo	1854	Matt Andrea	813
Wohlwend Renate	2700	Kranz Günther	1847		
Kaiser Johannes	2697	Beck Doris	1831		
Heeb Franz J.	2618	Amann-Marxer Marlies	1815		
Lampert Rudolf	2616				
Ersatz		Ersatz		Ersatz	
Gstöhl Adrian	2498	Marxer Alexander	1767	Marxer Wolfgang	726

Quelle: Amtliche Wahlstatistik.

2.6 Hypothesen

In früheren liechtensteinischen Wahlanalysen konnte festgestellt werden, dass sich auf der Ebene der Aggregatdaten die Kluft zwischen der letztendlich erzielten Stimmenzahl von Kandidatinnen und Kandidaten tendenziell schloss, d.h. die Diskrepanz zwischen den Wahlergebnissen von Frauen und Männern kleiner geworden war. Unter der Annahme, dass sich dieser Trend fortsetzt, kann

Hypothese 1

formuliert werden: Der Unterschied zwischen Männern und Frauen im Stimmenaggregat verkleinert sich weiter. Dies klingt zunächst banal, da das Wahlergebnis ja bereits gezeigt hat, dass der Frauenanteil im Landtag verdoppelt wurde. Durch die jeweils relativ knappen Stimmenverhältnisse in Liechtenstein könnte dies aber auch damit zusammenhängen, dass 2001 mit Pech nur drei Frauenmandate resultierten, 2005 mit Glück

¹³ Hugo Quaderer wurde nach den Landtagswahlen in die Regierung gewählt.

¹⁴ Henrik Caduff rückte für den in die Regierung gewählten Hugo Quaderer in den Landtag nach.

¹⁵ Roland Büchel rückte für Henrik Caduff als Stellvertretender Abgeordneter nach.

aber sechs. Es könnte auch einer Stimmenkonzentration bei einzelnen Kandidatinnen zuzuschreiben sein. Die Mandatszahl ist nur ein sehr grober Indikator für Entwicklungen. Die hier zu analysierende Stimmenbilanz gibt demgegenüber exakteren Aufschluss über Tendenzen im Wahlverhalten.

Wenn es zutrifft, dass die Stimmendifferenz zwischen Frauen und Männern kleiner geworden ist, kann daraus

Hypothese 2

entwickelt werden: Die Chancen der Frauen zur Eroberung von Landtagsmandaten verbessern sich von Wahlgang zu Wahlgang. Von dieser Warte aus gesehen, und unter der Annahme einer weiteren Fortsetzung des hier hypothetisch formulierten Trends, müssten die Frauen bei künftigen Wahlen weiter an Mandaten zulegen können.

Unter der Annahme, dass die verschiedenen Generationen vor unterschiedlichen Einstellungs- und Bildungshintergründen mit der Gleichstellungsthematik sozialisiert worden sind, oder – wie im Falle der jüngeren Generation – eventuell wenig Erfahrungen mit diesem Politikfeld aufweist, kann

Hypothese 3

formuliert werden: Die verschiedenen Altersklassen weisen unterschiedliche Einstellungen zur Gleichstellungsfrage auf. Die Vermutung lautet, dass die Gleichstellungsthematik insbesondere in denjenigen Altersklassen sozialisationsbedingt stark verankert ist, bei denen das Thema in der Zeit politischer Bewusstseinsbildung hohe Aufmerksamkeit aufwies und mit starken politischen Auseinandersetzungen verbunden war. Da dies die in den 1970er/1980er Jahren (Stichjahr 1980) rund 20- bis 40-Jährigen waren, sind dies die heute rund 45-bis 65-Jährigen.

Für die jüngeren Generationen kann ferner die

Hypothese 4

formuliert werden: Bei den Jüngeren, die nicht mit der Gleichstellungsthematik politisch sozialisiert wurden, geniesst die Gleichstellung eine geringe, nachlassende Themenaufmerksamkeit. Dies kann damit zusammenhängen, dass Gleichstellung heute als Selbstverständlichkeit wahrgenommen wird. Es ist aber auch denkbar, dass eine Abkehr von der Gleichstellungsidee erfolgt, indem andere Themen, etwa Arbeitsplatzsicherheit, Karriere, Wohlstandserhaltung Priorität geniessen, oder andere idealistische Ziele wie Klimaschutz, Bekämpfung der Armut usw. in den Vordergrund treten.

Schliesslich soll der aufgrund aller bisherigen Umfragen festgestellte Befund, wonach Frauen frauenfreundlicher wählen als Männer, in

Hypothese 5

formuliert werden: Es wären demnach eher die Männer als die Frauen, die den politischen Erfolg der Frauen behindern. In einer Kombination mit Hypothese 4 wäre ausserdem zu erwarten, dass speziell bei jungen Männern Frauenanliegen kaum auf grosse Resonanz stossen.

In den Analysen der Aggregat- und Individualdaten werden in den entsprechenden Kapiteln die hier formulierten Hypothesen überprüft. In der Zusammenfassung werden die wichtigsten Ergebnisse summarisch festgehalten.

2.7 Datenbasis

Für die Auswertung der Aggregatdaten stehen die amtlichen Wahlergebnisse zur Verfügung. Im Gegensatz zu den veröffentlichten amtlichen Wahlergebnissen stehen bei den detaillierten, halböffentlichen Wahlunterlagen die Informationen zu den Parteistimmen, Zusatzstimmen und Kandidatenstimmen zur Verfügung. Diese Listen wurden bis zu den Wahlen 2001 als von den Wahlkommissionen gezeichnete Auswertungsbogen geführt. Seit den Wahlen 2005 stehen die Daten elektronisch und mittels einer speziell auf liechtensteinische Wahlen adaptierten Software zur Verfügung. Für die in diesem Beitrag gestellten Fragen interessieren neben der Mandatsverteilung zugunsten von Frauen und Männern insbesondere auch die Stimmenverluste und Gewinne von Kandidatinnen und Kandidaten aufgrund von Streichen auf den Stimmzetteln der eigenen Partei sowie Sympathiestimmen von Stimmzetteln der anderen Parteien.

Auf der Ebene von Individualdaten stehen Datensätze aus den Nachwahlumfragen von 1997, 2001 und 2005 zur Verfügung. Bei den Wahlen 1997 wurde ausserdem angesichts des schwachen Wahlergebnisses der Frauen mit etwas zeitlichem Abstand zu den Wahlen eine weitere repräsentative Umfrage – hier Frauenwahlumfrage genannt – durchgeführt.

2.8 Theoriebezug

Bezugnehmend auf die weiter oben erwähnten gruppierten Erklärungsansätze für die allenthalben feststellbare Untervertretung der Frauen in der Politik kann an dieser Stelle die Erwartung abgesteckt werden, die an die nachfolgenden Analysen gestellt werden kann.

2.8.1 Sozioökonomische Erklärungsansätze

Die sozioökonomischen Erklärungsansätze zielen auf den Zusammenhang zwischen Faktoren wie Ausbildung, Beruf, Alter oder Geschlecht einerseits und dem Partizipationsverhalten oder Partizipationserfolg andererseits ab. Dementsprechend wird untersucht, ob sich die Wahlbeteiligung, das politische Engagement in Parteien usw., die Kandidatur zu Wahlen und schliesslich auch der Wahlerfolg zwischen den Geschlechtern und weiter differenziert nach soziodemografischen Faktoren unterscheidet. Im hier vorliegenden Beitrag werden diese Fragen jedoch nicht spezifisch untersucht. Auf der Ebene der Kandidierenden und Abgeordneten wird lediglich eine generelle Unterscheidung zwischen Kandidatinnen und Kandidaten getroffen. Angesichts der kleinen Fallzahlen einer Wahl in Liechtenstein wären statistisch zuverlässige Ergebnisse wohl auch nicht zu erwarten. Das generelle Partizipationsverhalten der Wählerinnen und Wähler – Wahlteilnahme ja oder nein – steht hier ebenfalls nicht im Zentrum der Untersuchung. Die hohe Wahlbeteiligung beider Geschlechter, somit also auch eine äusserst kleine Fallzahl Wahlabstinerter in den Wahlumfragen, würde ebenfalls den statistischen Auswertungen Grenzen setzen.

Soziodemografische Kriterien kommen in dieser Untersuchung allerdings ins Spiel, wenn es um Einstellungsfragen zur Politik, speziell zum Thema ‚Frauen und Politik‘ geht. Diese Frage rangiert jedoch ausserhalb der Untersuchungsperspektive der sozioökonomischen Erklärungsansätze. Sie ist bei den politisch-kulturellen Erklärungsansätzen anzusiedeln.

2.8.2 Politisch-kulturelle Erklärungsansätze

Bei den politisch-kulturellen Erklärungsansätzen wird unterschieden zwischen einer generellen Werthaltung, die man als nationale politische Kultur bezeichnen kann, und individuellen politischen Orientierungen. Die nationale politische Kultur in Liechtenstein könnte in unserem Zusammenhang ohne Anspruch auf Vollständigkeit etwa wie folgt charakterisiert werden: Liechtenstein ist ein Kleinstaat, der nach Jahrhunderten von Armut und Rückständigkeit im 20. Jahrhundert einen rasanten wirtschaftlichen Aufschwung erlebt hat. Bis in die Gegenwart haben traditionelle kulturelle Vorstellungen und Werte christlich-katholischer Prägung und eine Staatsform mit stark monarchistischer Ausrichtung hohen Stellenwert. Politik war weitgehend männlich dominiert, das Frauenstimmrecht wurde erst 1984 eingeführt. In den vergangenen Jahrzehnten hat allerdings ein kultureller Modernisierungsschub und eine geistige Öffnung stattgefunden, mitbeeinflusst von steigendem Bildungsniveau und grenzüberschreitendem Kommunikations- und Migrationsverhalten, sowohl der Wohnbevölkerung wie auch durch Zuwanderung. Oder einfacher ausgedrückt: Liechtenstein emanzipiert sich allmählich aus einer patriarchalen Tradition.

Unter den individuellen politischen Orientierungen, welche das Partizipationsverhalten beeinflussen, werden das politische Interesse, die subjektiven politischen Kompetenzgefühle, Responsivitätswahrnehmung (Wirkung eigener politischer Tätigkeit), das Politikverständnis, Werte und Ziele verstanden.¹⁶ Für unseren Zusammenhang gilt das weiter oben Gesagte, dass wiederum Bestimmungsfaktoren für das individuelle politische Engagement gesucht werden. In Abwandlung dieser eigentlich auf das Partizipationsverhalten abzielenden Fragestellung werden in unserem Fall Bestimmungsfaktoren für unterschiedliches Wahlverhalten in Bezug auf die Frauenwahl bzw. die Haltung zu Frauen in der Politik untersucht. Entsprechend drängen sich nicht die gleichen Faktoren als Erklärungsvariablen auf. Das politische Interesse sowie persönliche und politische Einstellungsfragen können durchaus einen Einfluss haben. Entsprechend werden wir das frauenspezifische Wahlverhalten nach solchen Unterscheidungskriterien untersuchen, konkret nach politischem Interesse, autoritären Einstellungen, Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Achse sowie der Wahl verschiedener Parteien.

2.8.3 Institutionentheoretische Ansätze

Bei den institutionentheoretischen Ansätzen wird auf den Zusammenhang zwischen Ausprägungen des Wahlsystems und weiterer institutioneller oder institutionalisierter Aspekte und dem Partizipationserfolg von Frauen fokussiert. Das Verhältniswahlrecht, das auch in Liechtenstein zur Anwendung gelangt, gilt generell als günstigere Ausgangslage für erfolgreiche Frauenkandidaturen als das Mehrheitswahlrecht. Quotenregelungen, vor allem auch innerparteiliche, können die Partizipationsrate und den Wahlerfolg von Frauen ebenfalls günstig beeinflussen. Schliesslich kann auch je nach Wahlsystem mit der Platzierung von Kandidatinnen und Kandidaten auf den Wahllisten der Wahlerfolg beeinflusst werden. Das Kandidatenproporzsystem in Liechtenstein setzt allerdings den Parteien diesbezüglich enge Grenzen, da die Wählerinnen und Wähler die Möglichkeit haben, Kandidaten zu Streichen und an Kandidaten anderer Parteien Sympathiestimmen zu verteilen. Zu diesen Aspekten wird im nächsten Kapitel eingegangen.

2.8.4 Politischer Sozialisationsansatz

In den verschiedenen Sozialisationsansätzen wird nach den Ursachen unterschiedlichen Partizipationsverhaltens von Gruppen, also auch von Männern und Frauen gefragt und dabei speziell der Einfluss der politischen Sozialisation untersucht. Der Einfluss kann im nationalen politischen System begründet sein, im sozialen Umfeld oder auf der Subjektebene.¹⁷ Diesen Aspekten wird in der vorliegenden Untersuchung mangels Daten keine Beachtung geschenkt. Ohnehin wird nicht das Partizipationsverhalten, sondern

¹⁶ Geissel/Penrose 2003, S. 16f.

¹⁷ Geissel/Penrose 2003, S. 18.

das Wahlverhalten untersucht. Dabei ist es durchaus plausibel, dass unterschiedliche Erfahrungen in der politischen Sozialisation auch unterschiedliches Wahlverhalten generieren können. Es dürfte einen Unterschied ausmachen, ob jemand mit der selbst verinnerlichten Vorstellung von politischer Überlegenheit von Männern heranwächst, ob jemand mit einer Auflehnung gegen die Diskriminierung von Frauen sozialisiert wird, ob jemand persönliche Erfahrungen (negative oder positive) im politischen Engagement macht usw.

Wie soeben ausgeführt, können somit nur punktuell empirische Analysen zu den hier vorgestellten Erklärungsansätzen der Partizipation geliefert werden. Dabei wird erst noch das Wahlverhalten von unterschiedlichen Gruppen fokussiert, also einen Ausschnitt aus dem Partizipationsverhalten. Ein direkter Rückschluss des Wahlverhaltens auf das Partizipationsverhalten ist nicht möglich. Da es sich jedoch in beiden Fällen um die Suche nach den Ursachen für unterschiedliches politisches Verhalten und unterschiedliche politische Einstellungen handelt, in beiden Fällen auch mindestens die Stimmberechtigten als Grundgesamtheit in die Analyse einbezogen sind, somit also der gleiche Personenkreis bzw. die gleichen unteilbaren Individuen betrachtet werden, erscheint eine Anlehnung an Erklärungsansätze des Partizipationsverhaltens berechtigt und möglich.

3 Analyse von Aggregatdaten

Die Analyse von Aggregatdaten dient insbesondere der Überprüfung der Hypothesen 1 (Verkleinerung der Stimmendifferenz zwischen Kandidatinnen und Kandidaten) und Hypothese 2 (Verbesserung der Chancen von Kandidatinnen).

3.1 Persönlichkeitsaspekte im Wahlrecht

Das liechtensteinische Wahlrecht basiert auf dem Kandidatenproporz, welcher 1973 den Listenproporz ablöste. Praktisch funktioniert dies so:

- ◇ Man muss sich für einen amtlichen Stimmzettel des betreffenden Wahlkreises (Oberland, Unterland) entscheiden. Im vorliegenden Fall der Landtagswahlen 2005 standen die Stimmzettel der FBP, der VU und der FL zur Auswahl. Jeder Stimmzettel hat eine Stimmkraft von 15 Stimmen im Wahlkreis Oberland bzw. 10 Stimmen im Wahlkreis Unterland, entsprechend der Anzahl der zu vergebenden Mandate.
- ◇ Der Stimmzettel kann unverändert eingeworfen werden, dann bekommt jeder Kandidat/jede Kandidatin eine Kandidatenstimme, die Partei bekommt die volle Stimmkraft des Stimmzettels zugesprochen.
- ◇ Auf dem Stimmzettel können einzelne Kandidatinnen oder Kandidaten gestrichen werden. Für die Betroffenen bedeutet dieses Streichen einen Stimmenverlust gegenüber denjenigen, die nicht gestrichen werden. Die betreffende Partei bekommt aber weiterhin die volle Stimmkraft des Stimmzettels.
- ◇ Auf dem Stimmzettel können Kandidatinnen und Kandidaten von anderen Parteien hinzugeschrieben werden. Diese Sympathiestimmen verleihen den Betroffenen eine zusätzliche Kandidatenstimme. Gleichzeitig bekommt die betreffende Partei eine zusätzliche Stimme zulasten der Partei des Stimmzettels.

Dieses Wahlrecht erlaubt dem Elektorat, unabhängig von der Reihenfolge der KandidatInnen auf dem Stimmzettel und unabhängig von allfälligen Wahlempfehlungen der Parteien nach eigenem Ermessen Kandidaten der bevorzugten Partei wie auch der anderen Parteien privilegiert zu behandeln. Während also mit der Wahl eines Stimmzettels auf der Makroebene ein grundsätzlicher Entscheid zugunsten einer Partei getroffen wird, kann mit dem Streichen und Verteilen von Sympathiestimmen auf der Mikroebene ein Entscheid zugunsten oder zulasten einzelner Personen getroffen werden.¹⁸

¹⁸ Theoretisch ist es möglich, dass jemand im Oberland je 5 KandidatInnen aller drei Parteien wählt und somit seine Stimmkraft zu gleichen Teilen allen Parteien zukommen lässt. Dieser Schritt kann nur durch entsprechende Bevorzugung einzelner KandidatInnen gemacht werden. In der Praxis werden allerdings im Falle einer Veränderung von Stimmzetteln meist nur wenige Sympathiestimmen verteilt. Vgl. ausführlicher bei Marxer 2000b, S. 323-332.

In den amtlichen Wahlergebnissen sind die Sympathiestimmen und Verluste durch Streichen der einzelnen Kandidatinnen und Kandidaten registriert. Eine geschlechterspezifische Analyse ist daher auch retrospektiv möglich. Der Geschlechtervergleich lässt sich lückenlos bis zu den Landtagswahlen 1986, den ersten Landtagswahlen mit Frauenbeteiligung, rekonstruieren.

Mit Blick auf die institutionentheoretischen Erklärungsansätze der Unterrepräsentation von Frauen in der Politik kann an dieser Stelle vermerkt werden, dass die liechtensteinischen Parteien auf der Grundlage des bestehenden Wahlrechts nur beschränkte Einflussmöglichkeiten auf die Wahlchancen der Frauen haben. Sie können nur die Zahl der Kandidatinnen auf ihren Stimmzetteln steuern, sowie die Reihenfolge der Kandidatinnen und Kandidaten auf den Stimmzetteln festlegen. Die Reihenfolge auf den Stimmzetteln entscheidet wie erwähnt nicht darüber, wer ein Mandat erobert, da sich die Rangierung aufgrund von Streichungen und Sympathiestimmen ergibt. In den letzten Wahlgängen haben alle Parteien eine alphabetische Reihenfolge gewählt. Sie könnten auch die Frauen zuoberst auf den Stimmzetteln führen. Erfahrungen aus früheren Wahlgängen zeigen jedoch, dass die Wählerschaft gezielt – also auch unabhängig vom Listenplatz der Kandidatinnen und Kandidaten – Streichungen vornimmt und Sympathiestimmen verteilt. Die andere Frage, ob viele oder wenige Frauen auf den Stimmzetteln die Wahlchancen von Frauen verbessern oder den Frauenanteil im Landtag erhöhen, wird weiter unten beantwortet.

Ausserhalb des Wahlrechts können die Parteien gleichwohl Aktivitäten entfalten, um die Wahlchancen der Frauen zu verbessern, indem etwa Frauen gezielt für eine politische Laufbahn vorbereitet und aufgebaut werden, in der Öffentlichkeit bekannt gemacht werden und anderes. Auch innerparteiliche Quotenregelungen können den Zugang von Frauen in die Politik ebnen und erleichtern. Die Frage, inwieweit die liechtensteinischen Parteien solche Instrumente wählen bzw. welche institutionellen Hemmnisse den Frauen entgegenstehen, ist allerdings nicht Gegenstand dieser Arbeit.

3.2 Berechnung des Geschlechtervergleichs

Für einen Geschlechtervergleich müssen die vorhandenen Aggregatdaten in eine Form gebracht werden, die einen Vergleich überhaupt ermöglicht. Es würde nämlich in die Irre führen, wenn man einfach die durchschnittliche Zahl aller Sympathiestimmen oder Zahl der Streichungen von Männern und Frauen vergleichen würde. Die Addition der Sympathiestimmen und Streichungen mit anschliessender Division durch die Zahl der Kandidatinnen bzw. Kandidaten ergibt einen verzerrten Mittelwert. Mehrere Faktoren sind zu berücksichtigen:

- ◇ Wahlkreise. Da in den Wahlkreisen Oberland und Unterland unterschiedlich grosse Elektorate vorhanden sowie unterschiedlich viele Mandate zu verteilen sind, würde eine Ver-

mengung der Daten der beiden Wahlkreise zu Verzerrungen führen. Es ist beispielsweise zu erwarten, dass KandidatInnen im Oberland mehr Sympathiestimmen erhalten als im Unterland, weil es im Oberland mehr WählerInnen, also auch mehr eingeworfene Stimmzettel gibt. Die absoluten Zahlen der Wahlkreise können also nicht einfach addiert werden.

- ◇ Parteien. Ebenso weisen die Parteien Unterschiede auf, die eine Addition der Zahlen nicht erlauben. Beispielsweise ist zu erwarten, dass KandidatInnen der FBP häufiger gestrichen werden als KandidatInnen der FL, da rund viermal so viele Stimmzettel der FBP im Vergleich zur FL eingeworfen werden.
- ◇ Wahlgang. Da sich von einem Wahlgang zum nächsten die Kandidatenlisten ebenso verändern wie die Zahl kandidierender Frauen und Männer, können auch nicht einfach die Resultate aller Wahlen addiert werden, um daraus einen Mittelwert zu berechnen.
- ◇ Geschlechterverhältnis. Auch unterschiedliche Verhältnisse von Männern und Frauen auf den Stimmzetteln der verschiedenen Parteien können Verzerrungseffekte verursachen. Vergleichen wir beispielsweise einen Stimmzettel mit 8 Männer und 2 Frauen mit einem Stimmzettel mit 5 Männern und 5 Frauen. Dies könnte etwa zur Folge haben, dass sich frauenmotivierte Sympathiestimmen bei den 2 Frauen stärker konzentrieren als bei den 5 Frauen. Ferner könnte dies bedeuten, dass es von denjenigen, die auf den Stimmzetteln Platz für Sympathiestimmen schaffen wollen, theoretisch häufiger Personen aus der Gruppe „2 Frauen“ statt „5 Frauen“, sowie „5 Männer“ statt „8 Männer“ trifft. Wenn beispielsweise gar keine Frau auf einem Stimmzettel kandidiert, würde dies bedeuten, dass Frauen darauf gar nicht gestrichen wurden und auch gar keine Sympathiestimmen erhalten.

Unter strenger Auslegung ist somit ein einwandfreier Geschlechtervergleich gar nicht möglich. Wenn dies für eine einzelne Wahl im Querschnitt gilt, dann umso mehr für einen Vergleich mehrerer Wahlen im Längsschnitt. Unter den Vorbehalten wurden weitere Kontextfaktoren noch gar nicht erwähnt, also etwa die Bedeutung der besseren Wahlchancen von Wiederkandidierenden – und das sind grossmehrheitlich Männer – allenfalls unterschiedliche Profile von Kandidatinnen und Kandidaten hinsichtlich Beruf, Bildung, Bekanntheit usw. Mit Blick auf diese Vorbehalte soll dennoch ein Geschlechtervergleich vorgenommen werden, wobei das Zahlenmaterial so differenziert wie möglich und notwendig behandelt wird.

Beim nachfolgenden Geschlechtervergleich werden die Zahlen wie folgt ermittelt. Für jeden Wahlgang, jeden Wahlkreis und jede Partei wird getrennt für die beiden Geschlechter der Mittelwert von Sympathiestimmen und der Mittelwert der Streichungen ermittelt. Dies erlaubt zumindest rechnerisch exakte Aussagen zu Differenzen beim Wahlabschneiden von Frauen und Männern bei den Landtagswahlen 1986 bis 2005. Wie bereits erwähnt sind damit die Ursachen nicht exakt benannt. Es kann sein, dass die Differenzen ursächlich mit dem Mannsein und dem Frausein zu tun haben. Es kann aber auch sein, dass die Differenzen andere Ursachen haben, etwa unterschiedliche Profile der Kandidatinnen und Kandidaten. Zu einer vorsichtigen Interpretation und zur Be-

leuchtung dieser offenen Frage gelangen wir im Anschluss an die Datenanalysen in den folgenden Abschnitten.

3.3 Streichungen von Kandidatinnen und Kandidaten

Mit dem Streichen einzelner Kandidatinnen und Kandidaten werden die Kandidierenden auf den eigenen Stimmzetteln teilweise richtiggehend deklassiert, also auf den Kandidatenlisten auf die hinteren Plätze – fernab von einem Landtagsmandat – verwiesen. Eine ungefähre Vorstellung von der grossen Bedeutung der Streichungen gibt der Mittelwert zu den Wahlen 1986 bis 2005, welcher in der folgenden Tabelle dargestellt ist. Bei den grossen Volksparteien wurden beispielsweise im Oberland die Kandidaten rund 400 Mal gestrichen, die Kandidatinnen mehr als 700 Mal. Demgegenüber nehmen sich die Zahlen an Sympathiestimmen – knapp über 100 – eher bescheiden aus. Wer überdurchschnittlich oft auf den eigenen Stimmzetteln gestrichen wird, hat selten eine Chance, dies durch Sympathiestimmen wettzumachen. In der Regel verstärken sich die beiden Effekte: Wer wenig gestrichen wird erhält zusätzlich viele Sympathiestimmen und umgekehrt.¹⁹ In Einzelfällen, so auch bei den Wahlen 2005, können Sympathiestimmen jedoch durchaus eine Wirkung haben. Die beiden FBP-Kandidatinnen im Oberland, die den Einzug in den Landtag schafften (Doris Frommelt und Josy Biedermann), lagen auf den eigenen Listen knapp ausserhalb der Landtagsmandate, konnten jedoch aufgrund vieler Sympathiestimmen – insbesondere aus dem Lager der FL – die Hürde für ein Landtagsmandat überwinden.

Tabelle 4: Mittelwert Zahl Streichungen und Sympathiestimmen von Kandidaten und Kandidatinnen 1986 bis 2005 nach Parteien und Wahlkreisen

	Streichungen		Sympathiestimmen	
	Kandidaten	Kandidatinnen	Kandidaten	Kandidatinnen
Oberland				
FBP	426	751	137	116
VU	369	813	129	109
FL	140	157	198	100
Unterland				
FBP	252	287	71	89
VU	214	283	66	84
FL	41	57	135	90

Quelle: Amtliche Resultate. Eigene Berechnungen.

Männer liegen bezüglich des Streichens auf den Stimmzetteln deutlich im Vorteil. Besonders bei den beiden Volksparteien im Oberland zeigt sich ein stabiler Bonus für die Männer, welche nur rund halb so häufig gestrichen werden wie die Frauen. Damit ist

¹⁹ Vgl. Marxer 2000b, S. 323-332.

das notirisch schlechte Wahlabtschneiden der Frauen im Oberland rechnerisch bereits weitgehend erklärt. Erst Dorothee Laternser (VU) schaffte bis 2001 ein Frauenmandat im Oberland. Bei den Wahlen 2005 waren Doris Frommelt und Josy Biedermann (beide FBP) erfolgreich. Die FL war die einzige Partei im Oberland, bei welcher teilweise Männer durchschnittlich häufiger gestrichen werden als die Frauen. Das einzige Mandat bei den Wahlen 1993 bis 2001 eroberte jedoch mit Paul Vogt jeweils ein Mann, und auch bei den Wahlen 2005, welche zwei Mandate für die FL brachte, gingen beide an Männer (Pepo Frick und Paul Vogt).

In Tabelle 5 sind die Verhältniszahlen zwischen Kandidatinnen und Kandidaten in Bezug auf das Streichen und die Sympathiestimmen aufgeführt. Es werden dabei die Zahl von Streichungen bzw. Sympathiestimmen der Kandidaten durch die entsprechende Zahl bei den Kandidatinnen dividiert. Die dabei ermittelte Verhältniszahl zeigt auf, um wie viel häufiger die Männer oder Frauen gestrichen wurden oder Sympathiestimmen erhielten. Die Zahlen sind für alle Wahlgänge seit 1986 dargestellt.

Im Unterland sind die Frauen bezüglich des Streichens nicht so diskriminiert wie im Oberland. Fallweise können sogar bei allen Parteien Werte registriert werden, die zugunsten der Frauen sprechen. Die positiven Werte für Frauen bei der FBP 1986 und 1989 sind allerdings etwas aussergewöhnlich, weil als einzige Frau jeweils Emma Eigenmann (erfolgreich) kandidierte. Der Stimmzettel wies demnach nur geringe Varianz auf.

Tabelle 5: Verhältnis Streichungen von Kandidaten und Kandidatinnen nach Wahlkreisen und Parteien 1986 bis 2005

	1986	1989	1993a	1993b	1997	2001	2005
Oberland							
FBP	0.42	0.40	0.55	0.61	0.60	0.79	0.62
VU	0.28	0.40	0.42	0.51	0.57	0.61	0.46
FL	0.38	0.69	1.00	1.37	1.08	1.07	1.00
Unterland							
FBP	1.09	2.05	0.86	0.87	0.57	0.79	0.95
VU	0.64	0.61	0.49	0.89	0.67	0.95	1.15
FL	0.81		0.96	0.79	0.51	1.73	0.61

Quelle: Amtliche Resultate. Eigene Berechnungen.

Legende: Der Wert entspricht der Division „Durchschnitt Streichung Kandidaten“/„Durchschnitt Streichung Kandidatinnen“. Ein Wert von 1 bedeutet, dass Männer und Frauen durchschnittlich gleich häufig gestrichen wurden, ein Wert < 1 bedeutet, dass Männer durchschnittlich weniger oft gestrichen wurden als Frauen, ein Wert > 1 bedeutet, dass Männer durchschnittlich häufiger gestrichen wurden als Frauen. Hervorgehoben: Werte > 1 (Frauen im Vorteil).

3.4 Sympathiestimmen für Kandidaten und Kandidatinnen

Bei den Sympathiestimmen wiederholt sich mehr oder weniger das Bild des Streichverhaltens. Es wird allerdings leicht modifiziert, da nun von den WählerInnen einer Partei eine Bewertung von KandidatInnen der anderen Parteien vorgenommen wird. Zwischen den ideologisch nahestehenden Volksparteien sorgt dies nicht für grosse Überraschungen: die Erfolgreichen werden in der Regel zusätzlich unterstützt. Das heisst, dass die Selektionskriterien der VU- und FBP-WählerInnen ähnlich sind. Bei der FL äussert sich dies jedoch in beide Richtungen konträr. Sympathiestimmen aus dem Lager der FL gehen auf Seiten der FBP und der VU vornehmlich an eher progressiv ausgerichtete KandidatInnen sowie gezielt auch an Frauen aus der FBP und der VU. Umgekehrt gilt eher das Gegenteil: WählerInnen der VU und der FBP schenken ihre Sympathiestimmen am ehesten den Bekanntesten auf der Liste der FL, zum grossen Teil Männer. Dies war besonders krass bei den Wahlen 2001 im Oberland (Paul Vogt) und 1986 (Toni Ritter) sowie 2001 im Unterland (Egon Matt). Die Männer auf dem FL-Stimmzettel erzielten bei diesen Wahlen drei bis sieben Mal mehr Sympathiestimmen als die Frauen.

Tabelle 6: Verhältnis Sympathiestimmen für Kandidaten und Kandidatinnen nach Wahlkreisen und Parteien 1986 bis 2005

	1986	1989	1993a	1993b	1997	2001	2005
Oberland							
FBP	2.29	1.91	1.17	0.85	1.23	1.06	0.77
VU	1.97	1.65	1.02	1.03	1.26	0.92	1.20
FL	3.33	2.70	1.53	1.06	1.61	3.94	1.43
Unterland							
FBP	0.53	0.52	0.92	0.70	1.39	1.02	0.65
VU	1.31	2.36	0.90	0.66	0.85	0.74	0.46
FL	7.17		1.18	1.55	3.86	1.01	1.03

Quelle: Amtliche Resultate. Eigene Berechnungen.

Legende: Der Wert entspricht der Division „Durchschnitt Sympathiestimmen Kandidaten“/„Durchschnitt Sympathiestimmen Kandidatinnen“. Ein Wert von 1 bedeutet, dass Männer und Frauen durchschnittlich gleich viele Sympathiestimmen gewonnen haben, ein Wert < 1 bedeutet, dass Männer durchschnittlich weniger Sympathiestimmen als Frauen gewonnen haben, ein Wert > 1 bedeutet, dass Männer durchschnittlich mehr Sympathiestimmen als Frauen gewonnen haben. Hervorgehoben: Werte < 1 (Frauen im Vorteil).

3.5 Kombination von Sympathiestimmen und Streichungen

Die Zahl des Streichens auf den Stimmzetteln (Malus) sowie die Zahl von Sympathiestimmen (Bonus) bewirkt die Rangierung der Kandidatinnen und Kandidaten auf den Stimmzetteln der Parteien. Die zu vergebenden Mandate der Parteien pro Wahlkreis werden in der Reihenfolge der Rangierung auf den Stimmzetteln verteilt. In der nachfolgenden Tabelle werden wiederum nur die Mittelwerte nach Wahlgang, Wahlkreis und Parteien ermittelt. Da dies nur Mittelwerte sind, ist selbstverständlich nicht ausge-

schlossen – und in Realität auch feststellbar –, dass Frauen oder Männer entgegen der Mittelwertsberechnung Mandate erzielen.

Die Werte zeigen an, dass unter Berücksichtigung der Sympathiestimmen und des Streichens auf den Listen in der Regel die Männer deutlich gegenüber den Frauen im Vorteil liegen. 1986 betrug der Vorsprung der Männer bei den Volksparteien im Oberland weit mehr als 500 Stimmen, 2005 waren es immer noch 250 Stimmen oder mehr. Im Unterland ist indes sogar teilweise ein Vorteil der Frauen gegenüber den Männern festzustellen (FBP 1986, 1989 und 2005; VU 2001). Bei der FL waren die Frauen bei den Herbstwahlen 1993 im Oberland und 2001 im Unterland im Vorteil. Bei allen anderen Wahlen lagen im Mittelwert die Männer im Vorteil, am deutlichsten 2001 im Oberland (plus 309 Stimmen) und 1997 im Unterland (plus 223 Stimmen).

Tabelle 7: Durchschnittliche Stimmendifferenz zwischen Kandidaten und Kandidatinnen aufgrund von Sympathiestimmen und Streichungen 1986 bis 2005

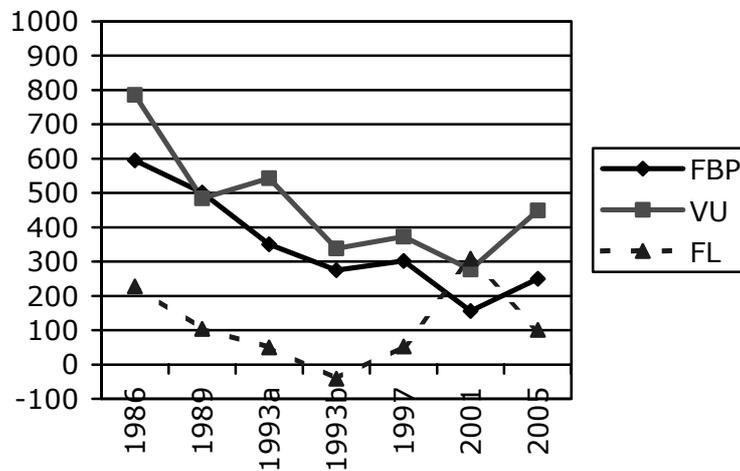
	1986	1989	1993a	1993b	1997	2001	2005
Oberland							
FBP	595	501	350	275	302	156	250
VU	786	484	543	338	373	277	449
FL	228	104	50	-41	53	309	101
Unterland							
FBP	-57	-135	26	12	205	87	-18
VU	108	137	160	1	104	-13	-141
FL	81	95	15	45	223	-21	24

Quelle: Amtliche Resultate. Eigene Berechnungen.

Legende: Der Wert entspricht der Summe von „Durchschnitt Sympathiestimmen Kandidaten“ und „Mittelwert Streichen Kandidatinnen“ minus der Summe von „Mittelwert Sympathiestimmen Kandidatinnen“ und „Mittelwert Streichen Kandidaten“. Ein Wert von 0 bedeutet, dass Männer und Frauen durchschnittlich nach Sympathiestimmen und Streichen gleichauf liegen, ein Wert > 0 bedeutet, dass Männer durchschnittlich gegenüber Frauen mit der angeführten Zahl an Stimmen im Vorteil sind, ein Wert < 0 bedeutet, dass Frauen durchschnittlich gegenüber den Männern mit der angeführten Stimmenszahl im Vorteil sind. Hervorgehoben: Werte < 0 (Frauen im Vorteil).

In den Abbildungen wird die Entwicklung von 1986 bis 2005 veranschaulicht. Bei der FBP und der VU konnte der Rückstand der Frauen zwischen 1986 und 2001 fast kontinuierlich verringert werden, nahm dann aber 2005 wieder leicht zu. Bei der FL ist eine diskontinuierliche Entwicklung feststellbar: Die Differenz sank von 1986 bis im Herbst 1993, nahm dann wieder zu auf einen Höchststand 2001, um dann wieder zu sinken.

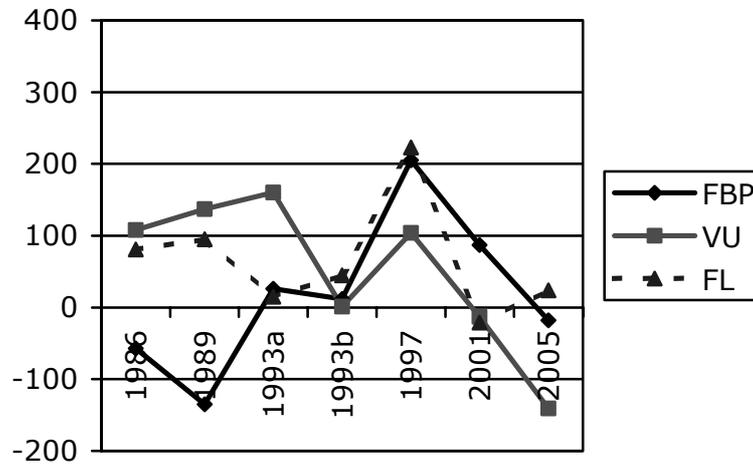
Abbildung 2: Durchschnittliche Stimmendifferenz zwischen Kandidaten und Kandidatinnen aufgrund von Sympathiestimmen und Streichungen 1986 bis 2005 (Oberland)



Quelle: Amtliche Resultate. Eigene Berechnungen.

Im Unterland ist die Kluft zwischen Männern und Frauen nicht so ausgeprägt wie im Oberland. Bei allen Parteien verläuft die Entwicklung sprunghaft und diskontinuierlich. Die Linien verlaufen enger an der Nulllinie und zeigen Grossteils Vorteile für die Männer, fallweise aber auch Vorteile für die Frauen auf. Es ist kein eindeutiger Trend erkennbar.

Abbildung 3: Durchschnittliche Stimmendifferenz zwischen Kandidaten und Kandidatinnen aufgrund von Sympathiestimmen und Streichungen 1986 bis 2005 (Unterland)

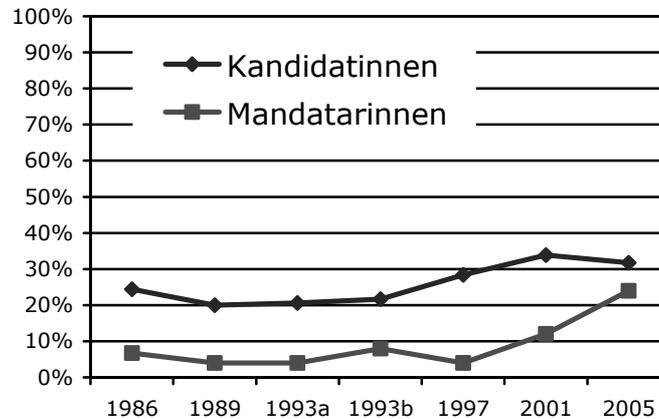


Quelle: Amtliche Resultate. Eigene Berechnungen.

3.6 Kandidatinnenanteil und Wahlchancen der Frauen

Sind die Wahlchancen der Frauen grösser, wenn möglichst viele Kandidatinnen oder eher wenig Kandidatinnen auf den Stimmzetteln figurieren? In der politischen Strategie zur Förderung von Frauen in der Politik herrscht keine einheitliche Meinung. Die einen wollen darauf hinwirken, dass möglichst viele Frauen auf den Stimmzetteln platziert sind, weil das die Chance, dass Frauen in den Landtag gewählt werden, erhöhe. Dabei geht jedoch bereits aus dem Vergleich des Anteils an Kandidatinnen und dem Anteil von Frauenmandaten hervor, dass diesbezüglich kein linearer Zusammenhang besteht. 1997 legte der Anteil der Kandidatinnen um knapp 10 Prozent auf rund 30 Prozent zu, gleichzeitig sank jedoch der Anteil von Mandaten für Frauen. 2001 stiegen beide Anteile an. 2005 nahm der Anteil Kandidatinnen leicht ab, während sich der Anteil an Mandaten von Frauen verdoppelte.

Abbildung 4: Anteil von kandidierenden Frauen und Mandaten für Frauen bei den Landtagswahlen 1986 bis 2005



Quelle: Amtliche Resultate. Eigene Berechnungen.

Andere sind der Meinung, dass mehr Frauen auf den Wahllisten zum vermehrten Streichen von Frauen verleiten, dass sich die Sympathiestimmen für Frauen auf mehrere Frauen verteilen müssen, und dass damit die Wahlchancen der Frauen insgesamt sinken. Die Exklusivität von Frauen auf den Wahllisten sei eher zielführend, um mehr Frauenmandate zu erreichen. Diese Frage soll hier auf der Basis vorhandener Aggregatdaten näher untersucht werden.

Seit den Wahlen 1986 liegen bis dato 7 Wahlen mit Frauenbeteiligung vor. Wenn die Ergebnisse der drei hier betrachteten Parteien²⁰ nach Wahlkreisen aufgeschlüsselt werden, summiert sich die Fallzahl der zu analysierenden Stimmzettel – je drei pro Wahlkreis – auf insgesamt 42. Es kann jetzt für jeden Stimmzettel einerseits das Verhältnis von Kandidatinnen und Kandidaten ermittelt werden, andererseits das Verhältnis von erfolgreichen Kandidatinnen zu erfolgreichen Kandidaten. Stimmt die oben erwähnte zweite Meinung, dann müsste ein Zusammenhang in jener Hinsicht festgestellt werden, dass ein hoher Kandidatinnen-Anteil und ein hoher Mandatarinnenanteil negativ miteinander korreliert sind. Diese Rechnung kann unterschiedslos unter Einschluss aller Parteien gemacht werden, allerdings auf die Gefahr hin, dass Verzerrungen entstehen. Insbesondere die FL mit einem regelmässig hohen Kandidatinnen-Anteil, aber einem bescheidenen Erfolg für Frauen, sorgt für extreme Ausreisser. Sinnvoller erscheint daher eine separate Berechnung nur unter Einschluss der beiden grossen Volksparteien.

²⁰ Die Kandidatur der Ueberparteilichen Liste Liechtenstein im Jahr 1989 bleibt wegen der Einmaligkeit der Kandidatur in den Analysen ausgeklammert.

Die statistische Berechnung zeigt unter Einschluss aller Parteien keine signifikante Korrelation zwischen der Höhe des Frauenanteils auf den Stimmzetteln und der Erfolgsquote der kandidierenden Frauen (ohne Darstellung). Weder ein höherer noch ein tieferer Frauenanteil weisen einen Zusammenhang mit den Wahlchancen der Frauen auf. Der Befund ändert sich auch nicht, wenn die beiden Volksparteien (unter Ausschluss der FL) gesondert gerechnet werden. Statistisch gesehen hat somit der Anteil Kandidatinnen auf den Stimmzetteln keinen Zusammenhang mit dem Wahlerfolg der Frauen.

3.7 Interpretation der Ergebnisse

Seit der Einführung des Frauenstimmrechts ist die durchschnittliche Stimmendifferenz zwischen kandidierenden Frauen und Männern tendenziell kleiner geworden, wenngleich die Männer nach wie vor einen Stimmenvorteil aufweisen. Im Unterland war die Kluft zwischen Männern und Frauen in der Regel deutlich kleiner als im Oberland. Die Annäherung der durchschnittlichen Stimmenzahl unter Anrechnung der Streichungen und der Sympathiestimmen hat die Wahlchancen der Frauen tendenziell verbessert, allerdings nicht in dem Ausmass, wie die Mandatsverteilung bei den verschiedenen Wahlgängen suggeriert. Die Verdoppelung der Frauenmandate von 2001 auf 2005 basiert nicht auf einem im Aggregat besseren Stimmenanteil der Frauen, sondern auf drei Faktoren: knapper Gewinn von zwei FBP-Frauenmandaten im Oberland dank Sympathiestimmen aus dem Lager der FL, knapp erreichtes FL-Mandat im Unterland, welches an eine Frau ging, sowie frauenfreundlicher Trend bei der VU im Unterland, welches zu zwei Frauenmandaten führte. Es ist keineswegs garantiert, dass sich der bescheidene Wahlerfolg der Frauen bei den Landtagswahlen 2005 – sechs Mandate bzw. 24 Prozent der Mandate – bei der nächsten Landtagswahl wiederholt.

Mit diesem Befund können die Hypothese 1 und 2 teilweise bestätigt werden. Die Stimmendifferenzen zwischen Kandidatinnen und Kandidaten sind insgesamt kleiner geworden. Die jüngsten Zahlen zeigen aber auch, dass dieser Trend nicht linear und ohne Garantie für die Zukunft verläuft.

4 Analyse von Individualdaten: Frauenwahl

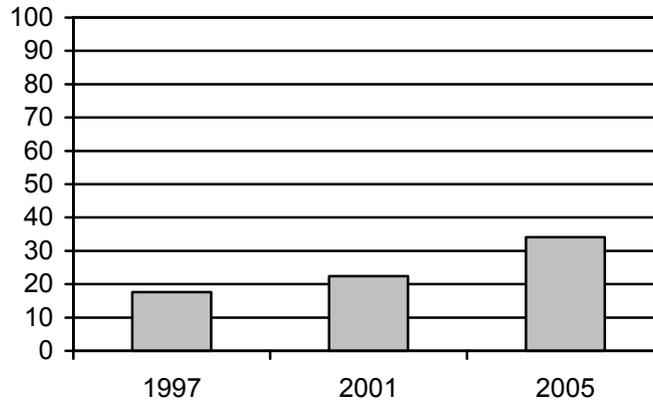
In diesem Kapitel werden insbesondere die Hypothesen Nr. 3 bis 5 überprüft, also die Vermutungen betreffend einer generationenbedingten Tendenz zur Gleichstellung, der grösseren Selbstverständlichkeit der Gleichberechtigung bei Jüngeren bei gleichzeitig nachlassender Themenaufmerksamkeit, sowie die Hypothese, dass Frauen frauenfreundlicher eingestellt sind als die Männer.

Es werden zunächst bivariate Zusammenhänge geklärt, bevor in einem zweiten Teil multivariate Analysen durchgeführt werden. Ausgangspunkt der nachfolgenden tabellarischen Auswertungen stellt die Frage dar, ob bei den Landtagswahlen bewusst Frauen gewählt wurden. Diese Frage wurde in allen drei Wahlumfragen seit 1997 gestellt, allerdings nicht mit identischer Fragestellung. Bei der Nachwahlbefragung von 1997 wurde gefragt, ob eher Männer oder eher Frauen gewählt wurden, oder ob nicht darauf geachtet wurde. Bei den Umfragen 2001 und 2005 wurde die Option „eher Männer“ weggelassen und auf die Frage fokussiert, ob bewusst Frauen gewählt bzw. Frauen bevorzugt wurden. Bei der Umfrage 2005 wurden negative Antworten in die Residualkategorie eingeordnet, welche in der Tabelle als „neutral“ kategorisiert ist. In den tabellarischen Darstellungen ergeben sich entsprechend unterschiedliche Felderbesetzungen für die verschiedenen Umfragen. Trotz dieser methodischen Brüche lassen sich aus der Kategorie der Bevorzugung von Frauen bei den Landtagswahlen, die bei allen Umfragen die gleiche Dimension gemessen hat, Entwicklungslinien und Gruppenunterschiede aufzeigen.

4.1 Zunehmende Frauenunterstützung

Der Vergleich der drei Umfragen von 1997, 2001 und 2005 zeigt eine insgesamt zunehmende selbstdeklarierte Unterstützung von Frauen bei den Landtagswahlen. Der Anteil derjenigen, die bei den Nachwahlumfragen angab, eher bzw. bewusst Frauen zu wählen, hat stetig zugenommen. Er betrug 1997 17,6 Prozent, stieg 2001 auf 22,4 Prozent und erreichte 2005 einen Anteil von 34,1 Prozent.

Abbildung 5: Bevorzugung von Frauen bei den Landtagswahlen (1997, 2001 und 2005) (in Prozent)



Quelle: Nachwahlumfragen 1997, 2001 und 2005.

In den folgenden Abschnitten werden bivariate Analysen zum Zusammenhang zwischen frauenfreundlichem Wahlverhalten und verschiedenen soziodemografischen Merkmalen sowie Einstellungen durchgeführt. Namentlich werden Zusammenhänge zwischen dem Wahlverhalten und dem Alter, dem Geschlecht, der Bildung, dem Autoritarismus, der Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Skala sowie dem Parteiwahlverhalten aufgezeigt.

4.2 Bivariate Analysen

Die bivariaten Analysen werden in Form von Kreuztabellen durchgeführt und dargestellt. Als Assoziationsmass zur Ermittlung von signifikanten Zusammenhängen wird Cramer's V verwendet. Zunächst werden die soziostrukturellen Merkmale (Alter, Geschlecht und Bildungsniveau) mit der abhängigen Variable „Bevorzugung von Frauen bei den Wahlen“ kreuztabelliert. In den weiteren drei Abschnitten werden Einstellungsmerkmale in die Tabellen aufgenommen: das politische Interesse, der Autoritarismus, die Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Achse sowie die Wahl verschiedener Parteien.

4.2.1 Alter

Nach Alterskategorien differenziert zeigen sich erst bei den Wahlen 2005 signifikante Verhaltensunterschiede zwischen den Altersgruppen. Sowohl 1997 wie auch 2003 gaben rund 20 Prozent an, Frauen bevorzugt gewählt zu haben – allerdings ohne signifikante Unterschiede zwischen den Altersgruppen. 2005 stellte sich dies anders dar: Die grösste Unterstützung erfuhren Kandidatinnen in der Altersklasse der 50 bis 64-Jährigen, die schwächste Unterstützung kam aus dem jüngsten Segment der unter 35-Jährigen.

Tabelle 8: Wahlverhalten von Altersgruppen bezüglich Bevorzugung von Frauen bei den Landtagswahlen (1997, 2001 und 2005) (in Prozent)

	1997				2001				2005			
	<35	35-49	50-64	65+	<35	35-49	50-64	65+	<35	35-49	50-64	65+
eher Männer	11.2	8.1	14.1	16.3	•	•	•	•	•	•	•	•
neutral	72.1	75.6	65.0	66.3	77.3	71.6	70.7	74.1	77.4	65.8	58.0	61.6
eher Frauen	16.8	16.3	20.9	17.5	16.3	25.3	23.9	22.4	22.6	34.2	42.0	38.4
Rest	•	•	•	•	6.4	3.1	5.4	3.5	•	•	•	•
N	197	283	163	80	203	324	188	85	208	240	255	86
Cramer's V	0.078 n.s.				0.085 n.s.				0.159**			

Quelle: Nachwahlumfragen 1997, 2001 und 2005. ** = signifikant auf dem 1%-Niveau/n.s. = nicht signifikant.

4.2.2 Geschlecht

Entgegen allen immer noch in der Öffentlichkeit zuweilen vorgetragenen Legenden und Vermutungen stimmt es nicht, dass vor allem die Frauen Kandidatinnen von den Wahllisten streichen bzw. ein speziell frauenfeindliches Wahlverhalten an den Tag legen.²¹ Bei allen bisherigen Wahlumfragen hat sich mit hochsignifikantem Ergebnis herausgestellt, dass Frauen frauenfreundlicher wählen als Männer. Der frauenfreundliche Anteil ist bei den Männern von 1997 bis 2005 von 11,6 über 15,6 bis auf 25,5 Prozent angestiegen. Der Anteil der Frauen lag immer deutlich höher, nämlich bei 23,3, dann 29,4 und schliesslich im Jahr 2005 bei 41,7 Prozent.

Tabelle 9: Wahlverhalten von Männern und Frauen bezüglich Bevorzugung von Frauen bei den Landtagswahlen (1997, 2001 und 2005) (in Prozent)

	1997		2001		2005	
	Wähler	Wählerinnen	Wähler	Wählerinnen	Wähler	Wählerinnen
eher Männer	11.3	11.1	•	•	•	•
neutral	77.1	65.6	80.0	66.0	71.6	57.0
eher Frauen	11.6	23.3	15.6	29.4	24.5	40.8
Rest	•	•	4.4	4.6	3.9	2.1
N	354	369	409	391	387	426
Cramer's V	0.156**		0.179**		0.180**	

Quelle: Nachwahlumfragen 1997, 2001 und 2005. ** = signifikant auf dem 1%-Niveau.

4.2.3 Bildung

Zwischen der Bildung und dem frauenfördernden Wahlverhalten zeigt sich kaum ein Zusammenhang. Einzig bei den Wahlen 1997 ergab sich eine schwach signifikante Assoziation, allerdings auf einem sehr flachen Niveau (Cramer's V = 0.082). 1997 wählten Wählerinnen und Wähler mit gehobenem Bildungsniveau etwas gezielter Frauen als die

²¹ Mit der Bemerkung „viele Frauen wählen keine Frauen“ wurde auch vor den Wahlen 2005 in einem Leserbrief (Liechtensteiner Volksblatt vom 22. Februar) wieder in diese Kerbe gehauen.

anderen (schwach signifikant). Bei den folgenden Wahlen ist dieser Zusammenhang jedoch verschwunden.

Tabelle 10: Wahlverhalten nach Bildungsniveau bezüglich Bevorzugung von Frauen bei den Landtagswahlen (1997, 2001 und 2005) (in Prozent)

	1997			2001			2005		
	tief	mittel	hoch	tief	mittel	hoch	tief	mittel	hoch
eher Männer	17.3	11.0	8.8	•	•	•	•	•	•
neutral	69.4	73.1	68.5	63.9	77.9	69.1	62.3	68.5	64.0
eher Frauen	13.3	15.9	22.7	29.2	18.1	26.1	37.7	31.5	36.0
Rest	•	•	•	6.9	4.0	4.8	•	•	•
N	98	409	216	72	375	333	77	356	344
Cramer's V	0.082 *			0.091 n.s.			0.052 n.s.		

Quelle: Nachwahlumfragen 1997, 2001 und 2005. * = signifikant auf dem 5%-Niveau; n.s. = nicht signifikant.

4.2.4 Politisches Interesse

Der Grad des politischen Interesses der Befragten und die Bevorzugung von Frauen bei den Landtagswahlen weist nur einen schwachen Zusammenhang auf. Die Richtung ist in allen bisherigen Umfragen die Gleiche: politisch stark Interessierte tendieren eher dazu, Frauen zu bevorzugen als politisch weniger Interessierte.

Tabelle 11: Wahlverhalten nach politischem Interesse bezüglich Bevorzugung von Frauen bei den Landtagswahlen (1997, 2001 und 2005) (in Prozent)

	1997				2001				2005			
	sehr	eher	eher nicht	gar nicht	sehr	eher	eher nicht	gar nicht	sehr	eher	eher nicht	gar nicht
eher Männer	9.2	11.1	10.9	(31.8)	•	•	•	•	•	•	•	•
neutral	68.5	71.8	73.9	(63.6)	74.6	76.3	83.0	(78.6)	62.7	67.9	71.2	(87.5)
eher Frauen	22.3	17.1	15.2	(4.5)	25.4	23.7	17.0	(21.4)	37.3	32.1	28.8	(12.5)
N	184	333	184	(22)	287	350	112	(14)	314	364	111	(24)
Cramer's V	0.10*				0.09 n.s.				0.10*			

Quelle: Nachwahlumfragen 1997, 2001 und 2005. * = signifikant auf dem 5%-Niveau; n.s. = nicht signifikant.. In Klammer: Fallzahl < 100.

4.2.5 Autoritarismus

Bei der Nachwahlumfrage 2005 wurde erstmals bei Wahlumfragen in Liechtenstein mit einer Autoritätsskala gearbeitet. Die sogenannte ASKO-Skala erlaubt aufgrund von Zustimmung oder Ablehnung zu verschiedenen bipolaren Aussagen eine Zuordnung der

Befragten.²² Das Ergebnis bestätigt die auf der Hand liegende Vermutung, dass das progressive Segment frauenfreundlicher eingestellt ist als das konservative. Der Zusammenhang ist allerdings nur schwach signifikant. Unter den ‚Progressiven‘ geben 38 Prozent an, Frauen bevorzugt zu haben, bei den ‚Konservativen‘ knapp 27 Prozent. Es ist also ein Unterschied vorhanden, er ist allerdings nicht besonders ausgeprägt.

Tabelle 12: Wahlverhalten nach autoritärer Einstellung bezüglich Bevorzugung von Frauen bei den Landtagswahlen (2005) (in Prozent)

	flexibel/progressiv	teils/teils	autoritär/konservativ
neutral	61.6	65.3	73.2
eher Frauen	38.4	34.7	26.8
N	328	248	213
Cramer's V		0.100 *	

Quelle: Nachwahlumfrage 2005. * = signifikant auf dem 5%-Niveau.

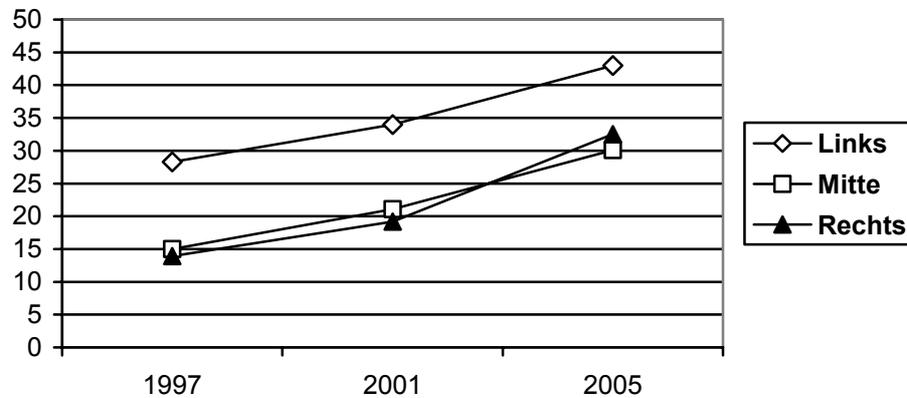
4.2.6 Links-Rechts-Einstufung

Ein weiterer Zusammenhang ist zwischen der Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Achse und dem frauenfreundlichen Wahlverhalten zu erwarten. Die Vermutung lautet, dass ‚Linke‘ frauenfreundlicher wählen als ‚Rechte‘.²³ Die drei bisherigen Wahlumfragen zusammengefasst, ergibt sich folgendes Bild: In allen drei Segmenten, also Links, Mitte und Rechts, nahm das frauenfreundliche Wahlverhalten von einem Wahlgang zum nächsten zu. Die obige Vermutung wird allerdings nur teilweise bestätigt. Zwar ist bei den ‚Linken‘ eine deutlich frauenfreundlichere Wahlabsicht festzustellen. Das ‚Mitte‘-Segment und das Segment der ‚Rechten‘ deklarieren dagegen ein weitgehend identisches Verhalten.

²² Zur ASKO-Skala vgl. insbesondere Schumann 2001 und 2005. Im vorliegenden Fall wurden die Aussagen mit den Werten 1 (Tendenz offen), 2 (neutral) und 3 (Tendenz autoritär) kodiert. Durch die Addition aller 9 Aussagen ergibt sich eine Skala von 9 bis 27 Punkten. Schliesslich wurden diese Werte in drei Gruppen zusammengefasst (Werte 9-15, 16-20 und 21-27).

²³ Die Selbsteinstufung der Befragten erfolgt auf einer Skala von 0 bis 10. Für die Darstellung in diesem Beitrag wurden die Werte 0-4 in einer Gruppe zusammengefasst („Links“), ebenso die Werte 6-10 („Rechts“). Der Wert 5, welcher am häufigsten genannt wird, entspricht der Bezeichnung „Mitte“.

Abbildung 6: Frauenfreundliches Wahlverhalten nach Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Achse (1997, 2001 und 2005) (in Prozent)

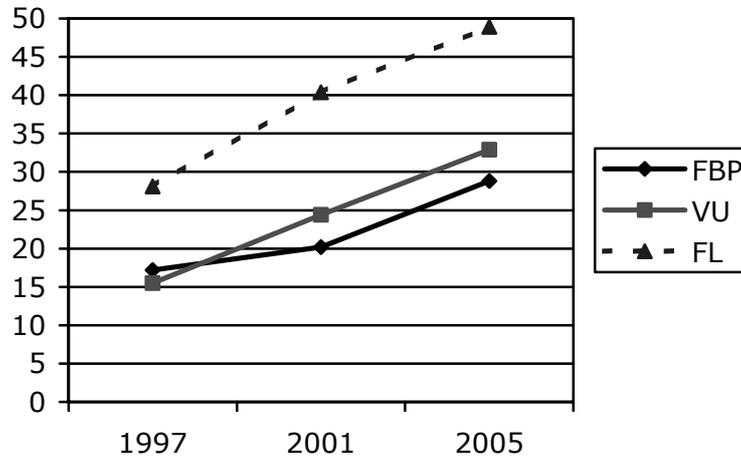


Cramer's V 1997 = .13**; 2001 = .13**; 2005 = .10* (** = signifikant auf 1%-Niveau; * = signifikant auf 5%-Niveau).

4.2.7 Parteienwahl

Ebenso wenig erstaunt es, dass die Wählerinnen und Wähler der Freien Liste überdurchschnittlich frauenfreundlich wählen. Davon haben in der Regel nicht die Frauen auf den Stimmzetteln der Freien Liste selbst profitiert, da sich das Bemühen bisher kaum in Frauenmandaten niedergeschlagen hat. Bei den Kandidatinnen der anderen Parteien haben die Sympathiestimmen der Wählerinnen und Wähler der Freien Liste allerdings fallweise einen markanten Einfluss gehabt. Zwischen den WählerInnen der beiden Grossparteien zeigen sich keine signifikanten Unterschiede. Bei allen drei Parteien ist von 1997 bis 2005 ein Trend zu frauenfreundlicherem Wählen feststellbar.

Abbildung 7: Frauenfreundliches Wahlverhalten nach Parteienwahl (1997, 2001 und 2005) (in Prozent)



Quelle: Nachwahlumfragen 1997, 2001 und 2005. Cramer's V 1997 = .15**; 2001 = .20**; 2005 = .15** (** = signifikant auf 1%-Niveau).

4.3 Multivariate Analysen

Die soeben durchgeführten bivariaten Analysen haben Zusammenhänge zwischen verschiedenen unabhängigen soziostrukturellen und Einstellungsvariablen aufgezeigt. Kausale Schlüsse sind jedoch auf der Basis bivariater Zusammenhänge statistisch betrachtet nicht möglich. Ein in Kreuztabellen festgestellter Zusammenhang kann Ursachen haben, die ganz woanders liegen.²⁴ Mittels multivariater Analysen, in welchen verschiedene unabhängige Variablen mit theoretisch möglicher Erklärungskraft in das Modell eingeschlossen werden, soll daher geklärt werden, welche Variablen einen grösseren oder geringeren Einfluss aufweisen. Angesichts des Skalenniveaus der verschiedenen unabhängigen Variablen wählen wir dabei die binärlogistische Regressionsanalyse als Rechnungsweg. Voraussetzung dazu ist die Dichotomisierung der abhängigen Variable. Diese erfolgt nach dem Muster, dass bei allen Wahlanalysen jeweils die Bevorzugung der Frauen den Wert 0 erhalten, der Rest den Wert 1, wobei ungültige Fälle (keine Wahlteilnahme) ausgefiltert werden.

²⁴ Beispielsweise kann festgestellt werden, dass in Gegenden, in denen es mehr Störche gibt, die durchschnittliche Kinderzahl grösser ist. Dies bedeutet weder, dass der Storch Kinder bringt, noch dass durch Ansiedlung von Störchen konsequenterweise die Kinderzahl steigen würde. Die erklärende Variable wäre der Charakter einer Region (ländlich oder städtisch). In ländlichen Regionen ist sowohl die Storchhäufigkeit wie auch die Kinderhäufigkeit höher, ohne dass zwischen diesen beiden Variablen ein ursächlicher Zusammenhang bestehen würde.

4.3.1 Soziostrukturelle Variablen

Der in den bivariaten Analysen gewonnene Eindruck von den generell eher schwachen Einflüssen soziodemografischer Variablen auf das Frauenwahlverhalten, dabei insgesamt noch dem stärksten Zusammenhang zwischen dem Geschlecht und dem frauenbewussten Wahlverhalten, bestätigt sich in den Regressionsanalysen weitgehend. Das R-Quadrat von < 0.10 zeigt die geringe Erklärungskraft der gewählten unabhängigen Variablen insgesamt (Anteil erklärter Varianz kleiner als 10 Prozent). Das Geschlecht hat sich bei allen drei Wahlgängen als der stärkere Bestimmungsfaktor erwiesen als das Alter oder die Bildung. Während die Bildungsunterschiede tendenziell bezüglich der Bevorzugung von Frauen bei den Wahlen an Bedeutung verloren haben, hat das Alter erstmals bei den Wahlen 2005 einen Einfluss auf das gezielte Wählen von Kandidatinnen ausgeübt.

Tabelle 13: Binärlogistische Regressionsrechnung von Geschlecht, Alter und Bildung auf die Bevorzugung von Frauen bei den Landtagswahlen 1997, 2001 und 2005

		Geschlecht	Alter	Bildung
1997	Wald	25.2	2.6	17.1
	Signifikanz	.000 **	n.s.	.000 **
	Nagelkerkes R ²	.07		
2001	Wald	29.6	3.9	7.2
	Signifikanz	.000 **	.046 *	.007 **
	Nagelkerkes R ²	.07		
2005	Wald	26.0	19.3	8.9
	Signifikanz	.000 **	.000 **	.003 **
	Nagelkerkes R ²	.08		

Quelle: Nachwahlumfragen 1997, 2001 und 2005.

Legende: fett hervorgehoben Signifikanz auf dem 1%-Niveau ($< .010$); n.s. = nicht signifikant.

4.3.2 Einstellungsvariablen

In der binärlogistischen Regressionsrechnung werden die drei Einstellungsvariablen (politisches Interesse, Links-Rechts-Selbsteinstufung²⁵ und Parteienwahl²⁶) eingeschlossen, zu den Wahlen 2005 zusätzlich die Autoritarismusskala²⁷ (ASKO). Wie die bivariaten Analysen bereits angedeutet haben, zeigen sich nur sehr schwache Einflüsse dieser Variablen. In den meisten Fällen beeinflusst die Einstellung der Wählerinnen das frauenspezifische Wahlverhalten nicht oder kaum. Bei den Wahlen 1997 bewirkten das politische Interesse und die ideologische Orientierung noch Unterschiede im Wahlverhalten: Interessierte und Linke tendierten eher dazu, Frauen zu bevorzugen. In der Zwi-

²⁵ In die Rechnung wurde eine dreiteilige Skala der ursprünglichen Skala von 0 bis 10 aufgenommen.

²⁶ FBP, VU, FL.

²⁷ In die Rechnung wurde eine dreiteilige Skala aus einer addierten Skala von 9 bis 27 aufgenommen.

schenzeit hat sich die Pionierrolle dieser Wählergruppe erledigt. Frauenfreundliches Wahlverhalten hat in allen Wählersegmenten grössere Verbreitung gefunden.

Tabelle 14: Binärlogistische Regressionsrechnung von politischem Interesse, Autoritarismus, Links-Rechts-Einstufung und Parteienwahl auf die Bevorzugung von Frauen bei den Landtagswahlen 1997, 2001 und 2005

		Interesse	Autoritarismus	Links-Rechts	Parteienwahl
1997	Wald	7.2		7.2	0.1
	Signifikanz	.007**		.007**	n.s.
	Nagelkerkes R ²	.04			
2001	Wald	3.0		10.7	1.9
	Signifikanz	n.s.		.001**	n.s.
	Nagelkerkes R ²	0.4			
2005	Wald	4.9	2.6	1.1	3.0
	Signifikanz	.026*	n.s.	n.s.	n.s.
	Nagelkerkes R ²	.03			

Quelle: Nachwahlumfragen 1997, 2001 und 2005.

Legende: fett hervorgehoben Signifikanz auf dem 1%-Niveau (< .010); ** = signifikant auf dem 1%-Niveau; * = signifikant auf dem 5%-Niveau; n.s. = nicht signifikant

4.4 Interpretation der Ergebnisse

Die Umfragedaten zeigen, dass Frauen konstant frauenfreundlicher wählen als Männer. Das kaum aus der Welt zu schaffende Vorurteil, dass vor allem die Frauen für das schlechte Wahlabschneiden der Frauen verantwortlich sind, erweist sich als unhaltbar. Abgesehen von der Konstante, dass Frauen eher Frauen unterstützen, haben sich zwischen 1997 und 2005 die soziodemografischen und einstellungsbezogenen Bestimmungsfaktoren des frauenfreundlichen Wahlverhaltens deutlich gewandelt. 1997 war frauenfreundliches Wählen insbesondere in einer progressiven Schicht, die eher links eingestuft, überdurchschnittlich der Freien Liste zuneigend, überdurchschnittlich gebildet war, verbreitet. Dies ging quer durch alle Altersklassen.

Bis zu den Wahlen 2005 hat das frauenfreundliche Wahlverhalten insgesamt sowie in allen betrachteten Teilsegmenten zugenommen, jedoch nicht im gleichen Ausmass. Das in der Frage der Frauenwahl zurückliegende Segment hat stärker zugelegt als das avantgardistische Segment, wodurch es zu einer Annäherung gekommen ist. Die Prozentdifferenzen frauenfreundlichen Wahlverhaltens sind beispielsweise zwischen der Freien Liste und den Grossparteien leicht geschrumpft, ebenso zwischen Linken und Rechten und zwischen den Bildungssegmenten. Sie haben dagegen im Geschlechtervergleich und im Altersvergleich zugenommen. Was bedeutet das?

Zunächst nochmals die Zahlen: 1997 gaben 11,6 Prozent der Wähler und 23,3 Prozent der Wählerinnen an, Frauen bevorzugt gewählt zu haben. Die Prozentdifferenz betrug also 11,7 Prozent. Sie stieg 2001 auf 13,8 Prozent und 2005 auf 16,3 Prozent. Der

stärkste Schub für die politische Gleichstellung der Frauen geht also von den Frauen aus.

Bei der Analyse der Altersklassen bestätigt sich ein Teil der Vermutung aus Hypothese Nr. 4, nämlich dass die Gleichberechtigung bei den Jüngeren eine geringere Themenaufmerksamkeit weckt. Ob die Gleichberechtigung bei den Jüngeren bereits so stark verankert ist, dass es kaum mehr einen politischen Faktor darstellt, oder ob sich bei den Jüngeren im Gegenteil eine tendenzielle Abkehr von der Gleichstellungspolitik abzeichnet, soll im folgenden Kapitel über Einstellungsfragen zu klären versucht werden. An dieser Stelle ist vorerst festzuhalten, dass Ältere bewusster und gezielter Frauen wählen als Jüngere.

In einer zusammengefassten Tabelle mit den wesentlichen soziodemografischen Faktoren Geschlecht und Alter stellt sich das Wahlverhalten 2005 wie angezeigt dar: die tiefsten Werte erreichen die jungen Männer, die höchsten Werte die älteren Frauen. Es wird also von Frauenseite, und insbesondere von Seiten der älteren Frauen das Anliegen an die Politik herangetragen, Frauen zu einer angemessenen Vertretung in den politischen Gremien zu verhelfen. Mit dem eigenen Wahlverhalten tragen die Frauen ihren Teil dazu bei. Den Gegenpol bildet die schwache Unterstützung von Frauen bei den jungen Männern. Das lässt für die künftige Entwicklung nichts Gutes ahnen. Da diese Männer tendenziell in die Führungspositionen nachwachsen, also auch in die politischen Führungspositionen, steht zu befürchten, dass die Frauenanliegen künftig einen schweren Stand haben werden, da sie von diesem Segment keine grosse Unterstützung erwarten dürfen. Hier beginnt ein Teufelskreis: Frauen sollten selbst in Führungspositionen gelangen, um die Entwicklung energischer vorantreiben zu können. Dort stehen ihnen aber die Männer im Weg, und mit Blick auf das Wahlverhalten der jüngeren Männer muss auch damit gerechnet werden, dass von diesem Segment mindestens gleich stark Ansprüche an Führungs- und Machtpositionen gestellt werden wie von den Frauen.

Tabelle 15: Frauenfreundliches Wahlverhalten von Männern und Frauen nach Altersklassen (2005) (in Prozent)

	Altersklasse				Total
	18-34	35-49	50-64	65+	
Wähler mit Frauenbevorzugung	12.3	27.8	33.3	25.0	24.5
Wählerinnen mit Frauenbevorzugung	31.1	39.2	47.0	47.1	40.8
Total	21.4	33.3	41.2	37.9	33.1

Quelle: Nachwahlumfrage 2005. Hervorgehoben: Spitzenwerte.

Die Hypothesen 3 und 4 scheinen weitgehend bestätigt, mindestens aber nicht widerlegt zu sein. Die Gleichstellungsfrage weist eine stark generations- und geschlechtskorrelierte Themenwichtigkeit auf. Ob die abnehmende Themenwichtigkeit auf einer Normalisierung bzw. Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern beruht, oder ob sich damit ein Rückschritt in der Gleichstellung der Geschlechter ankündigt, bleibt abzuwarten.

5 Analyse von Individualdaten: Einstellungen

Die Analyse der Aggregatdaten sowie die Analyse der Individualdaten haben ergeben, dass die Diskriminierung der Frauen in der Politik am Beispiel des Wahlverhaltens der Wählerinnen und Wähler tendenziell abnimmt. Auf Aggregatdatenebene ist die Kluft zwischen Männern und Frauen kleiner geworden, wenngleich noch kein Gleichstand erreicht ist. Dies widerspiegelt sich in den Wahlergebnissen: die Frauen bekleiden seit den Wahlen 2005 sechs Mandate im 25-köpfigen Landtag, ein historischer Höchststand. Die anderen 19 Mandate werden allerdings immer noch von den zahlenmässig weit überlegenen Männern eingenommen. Die Chancenverbesserung der Frauen zeigt sich auch in den Individualdaten, wo nachweislich frauenfreundliches Wahlverhalten in den umfragemässig erfassten Wahlgängen seit 1997 zugenommen hat.

Nun kann noch die Frage nach der generellen Einstellung der Wählerinnen und Wähler gegenüber der Stellung von Frauen in der Politik angegangen werden. Nach dem erschütternden Wahlergebnis der Frauen bei den Landtagswahlen 1997 – es reichte nur gerade zu einem einzigen Frauenmandat – wurde eine Umfrage in Auftrag gegeben, mit welcher die Ursachen für dieses schlechte Abschneiden eruiert werden sollten.²⁸ In der Nachwahlumfrage von 2005 wurde ein Teil der Fragenmodule aus der Umfrage von 1997 wiederholt. Damit kann ein Zeitvergleich zwischen 1997 und 2005 angestellt werden.

5.1 Frau und Politik

Bei allgemeinen Aussagen zu ‚Frauen und Politik‘ bewegt sich die Zustimmung zu einzelnen Aussagen 2005 in der gleichen Rangfolge wie 1997, in den meisten Fällen allerdings in abgeschwächter Form. Demgemäss überwiegt nach wie vor die Meinung, dass erfolgreiche Frauen schnell Neid wecken und auf Ablehnung stossen (59,6 Prozent Zustimmung, vormals 68,1 Prozent), und dass Frauen zuerst politische Basisarbeit leisten sollen, ehe sie kandidieren (55,9 Prozent Zustimmung, vormals 66,1 Prozent).²⁹ Das nachweislich falsche Vorurteil, dass hauptsächlich Frauen Frauen von den Wahllisten streichen, ist zwar immer noch weit verbreitet (42,2 Prozent), aber gegenüber 1997 (55,6 Prozent) immerhin rückläufig. Ebenso ist die Meinung zurückgegangen, dass sich Frauen besser für familiäre und soziale Bereiche engagieren sollen (36,4 gegenüber vorher 41,6 Prozent). Die Hardliner-Meinung, dass sich Männer besser für die Politik eignen, ist ebenfalls zurückgegangen, und zwar von 20,4 auf 14,7 Prozent.

²⁸ Marxer 1997. Die Umfrage wurde von der Regierung bzw. dem Gleichstellungsbüro in Auftrag gegeben.

²⁹ Die Fragenkomplexe der beiden Nachwahlumfragen von 1997 und 2005 bezogen sich jeweils nur auf die Wahrnehmung von Frauen in der Politik. Ein analoger Fragenkomplex zu den Männern hätte den Umfragerahmen jeweils gesprengt. Es ist aber davon auszugehen, dass sich die Antworten zu den Männern in der Politik teilweise recht stark von den hier erhobenen Werten unterscheiden würden.

Diese insgesamt moderate Tendenz zur Normalisierung findet ihr Pendant in der Zustimmungshäufigkeit zur einzigen Aussage in diesem Fragenkomplex, welche 2005 stärkere Zustimmung fand als 1997 („Die bisherige Politik ist in Ordnung – es besteht kein Grund, Frauen zu wählen“). Dieser Aussage stimmten 1997 nur 26,4 Prozent zu, 2005 bereits 34,0 Prozent. Nach den grossen Fortschritten in der Gleichstellungspolitik der letzten Jahre und Jahrzehnte hat die Gleichstellung der Geschlechter offenbar an Themenwichtigkeit und –aufmerksamkeit verloren. Hierin lauert eine latente Gefahr, dass speziell nach der Verdopplung der Mandatszahl der Frauen bei den Wahlen 2005 eine wachsende Zufriedenheit mit dem Erreichten Einzug hält, dass vor diesem Hintergrund die wahrgenommene Wichtigkeit dieses Sachthemas nachlässt und somit in Zukunft wieder Rückschläge erfolgen könnten. Dies gilt speziell mit Blick auf die weiter oben ausgeführten Analysen, wonach die Frauen 2005 teilweise recht knapp in den Landtag gewählt wurden, sodass kleine Stimmenschwankungen bereits gravierende Auswirkungen haben können.

Tabelle 16: Einstellung zu Aussagen betreffend Frauen in der Politik (1997 und 2005/Zustimmung in Prozent)

Aussagen	1997	2005
Erfolgreiche Frauen wecken schnell Neid und stossen auf Ablehnung	68.1	59.6
Frauen sollen zuerst politische Basisarbeit leisten, ehe sie kandidieren	66.1	55.9
Es sind hauptsächlich Frauen, die Frauen von den Wahllisten streichen	55.6	42.2
Frauen sollen sich besser für familiäre und soziale Bereiche engagieren	41.6	36.4
Die bisherige Politik ist in Ordnung - es besteht kein Grund, Frauen zu wählen	26.4	34.9
Männer eignen sich besser für die Politik	20.4	14.7

Quelle: Frauenwahlumfrage 1997; Nachwahlumfrage 2005.

5.2 Optimales Profil der Kandidatinnen

In der Einschätzung der optimalen, aussichtsreichsten Profile von Kandidatinnen haben sich seit der Umfrage von 1997 kaum Meinungsänderungen ergeben. Die besten Wahlchancen haben nach Einschätzung der Befragten 2005 wie 1997 Frauen mit höherer Ausbildung, Verheiratete, Berufstätige, Mütter, Ältere, Ehrgeizige, Moderate, Fortschrittliche, Unauffällige. Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass die bisher in den Landtag gewählten Frauen in groben Zügen diesem Modellprofil entsprechen. Allerdings enthält es auch Widersprüche, die einer Quadratur des Kreises gleichkommen, sodass die Vorgaben an kandidierende Frauen wohl kaum zur Gänze einlösbar sind.

Im Vergleich der Nennungen von 1997 und 2005 zeigt sich die grösste Differenz in der Einschätzung des optimalen Alters von Kandidatinnen. 1997 räumten 55,4 Prozent älteren Frauen die besseren Chancen ein, im Jahr 2005 79,6 Prozent. Dieser Sprung ist da-

mit zu erklären, dass tatsächlich ein Grossteil der 2005 erfolgreich kandidierenden Frauen ältere Frauen waren.³⁰

Tabelle 17: Einschätzung des optimalen Profils von Kandidatinnen (1997 und 2005/Zustimmung in Prozent)

Erfolgversprechendes Profil	1997	2005
Höhere Ausbildung (vs. geringere)	94.4	91.6
Verheiratet (vs. ledig)	82.2	89.4
Berufstätig (vs. haushaltführend)	85.1	86.5
Mutter (vs. kinderlos)	79.3	82.0
Alter (vs. jünger)	55.4	79.6
Ehrgeizig (vs. genügsam)	74.4	76.8
Moderat (vs. streitlustig)	74.5	76.4
Fortschrittlich (vs. konservativ)	69.3	72.7
Unauffällig (vs. auffällig)	54.9	56.2

Quelle: Frauenwahlumfrage 1997; Nachwahlumfrage 2005.

5.3 Einschätzung von Förderinstrumenten

Auch bei der Einschätzung von geeigneten Instrumenten zur Förderung von Frauen in der Politik hat sich seit 1997 kein fundamentaler Wandel vollzogen. Die Rangordnung der Massnahmen ist weitgehend identisch geblieben. Mehrheitliche Zustimmung finden Massnahmen, die auf die individuelle Ebene abzielen und die Ressourcen und Chancen der einzelnen Kandidatin stärken sollen. Dazu zählt die Vorbereitung durch die Parteien, die Unterstützung im privaten Umfeld und die Unterstützung durch die Medien. Allgemeine Massnahmen wie etwa generelle Wahlempfehlungen für Frauen werden dagegen bereits als weniger zielführend angesehen (knapp über 40 Prozent Zustimmung). Wenig Unterstützung finden Massnahmen, die Frauen in irgendeiner Form Wahlunterlagen privilegiert behandeln: Nur 32,2 Prozent erachten die Platzierung von Frauen am Kopf der Stimmzettel als geeignet, 30,2 Prozent die Hervorhebung von Kandidatinnen in den Wahlunterlagen, 21,3 Prozent Frauenquoten und 13,6 Prozent spezielle Frauenwahllisten.

³⁰ 4 der 6 bei den Landtagswahlen 2005 gewählten Mandatarinnen waren zum Wahlzeitpunkt über 50 Jahre alt, 2 über 60. Die jüngsten beiden Mandatarinnen waren 43 Jahre alt. Im Vergleich dazu waren bei den Landtagswahlen 2005 die jüngsten erfolgreichen Kandidaten männlichen Geschlechts 34 sowie zweimal 36 Jahre alt.

Tabelle 18: Einschätzung von geeigneten Förderinstrumenten für Frauen in der Politik (1997 und 2005/Zustimmung in Prozent)

Geeignete Förderinstrumente	1997	2005
Bessere Vorbereitung durch Parteien	84.0	81.3
Unterstützung durch Familie und Bekannte	70.6	78.6
Unterstützung durch Medien	79.1	71.9
Wahlempfehlungen zugunsten von Frauen	44.4	41.7
Platzierung oben auf Wahllisten	37.7	32.2
Hervorhebung in Wahlunterlagen	35.4	30.2
Frauenquote festlegen	28.7	21.3
Spezielle Frauenwahllisten	24.2	13.6

Quelle: Frauenwahlumfrage 1997; Nachwahlumfrage 2005.

Gerade die immer wieder diskutierte Frauenquote ist somit in der Gunst der Wählerinnen und Wähler im Vergleich zu 1997 deutlich gesunken und dürfte in absehbarer Zeit politisch kaum eine Realisierungschance haben. Hingegen wird von Seiten der Befragten den Parteien, den Medien und dem privaten Umfeld die Hauptlast für die bessere Unterstützung der Frauen zugeschoben. Die Repräsentation von Frauen in den liechtensteinischen Medien ist allerdings schwach. Die Dominanz von Männern in Bildern und Beiträgen der liechtensteinischen Landeszeitungen ist erdrückend.³¹ Mittels Checklisten versuchten das Gleichstellungsbüro und die Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann die Parteien und die Medien für eine stärkere Medienpräsenz von Frauen zu sensibilisieren. Zu diesem Zweck wurden auch ein halbes Jahr vor den Wahlen Gespräche mit den Medien geführt.³²

Wenig hilfreich für die Anliegen der Frauen war mit Sicherheit auch, dass die Regierungskandidatin der Vaterländischen Union – Maja Marxer-Schädler – nach den Wahlen von der Partei nicht in die Regierung nominiert, sondern durch den gewählten Abgeordneten Hugo Quaderer ersetzt wurde. Dieser Akt wurde von vielen als „Schlag ins Gesicht der Frauen“ empfunden.³³

³¹ Marxer 2000a; Marxer 2004a, S. 38-42. Zur spezifischen Darstellung von Frauen in den Medien vgl. Holtz-Bacha 2003, zur Rolle der Medien bei den Eidgenössischen Wahlen 1999 bei Nyffeler 2001, zu den Eidgenössischen Wahlen 2003 bei Hardmeier/Klöti 2003; 2004, sowie Stalder 2004. Nicht nur die Präsenz von Frauen in den Medien ist unterdurchschnittlich, sondern auch der Frauenanteil bei den Medienschaffenden. Vgl. Marxer 2004a; 2004b, S. 246ff.; Marr 2003 für die Schweiz.

³² Kommission 2002; mündliche Auskunft von Bernadette Kubik-Risch, Leiterin des Gleichstellungsbüros. Vgl. auch Eidgenössische Kommission 2003.

³³ Diese wörtliche Aussage wurde von einem früheren, weiblichen Präsidiumsmitglied der VU in einem Radio-Statement gemacht. Wiedergabe im Liechtensteiner Volksblatt vom 6. April 2005. Die Ausboothung der Regierungskandidatin der VU war begleitet von heftigen Protesten, u.a. auch einer Demonstration anlässlich der Landesvorstands-Sitzung der VU in der Weinstube in Nendeln am 11. April 2005. Liechtensteiner Volksblatt/Liechtensteiner Vaterland v. 12. April 2005.

5.4 Geschlechterunterschiede

Neben der allgemeinen Tendenz interessieren wir uns hier auch für Wahrnehmungs- und Einstellungsunterschiede zwischen den Geschlechtern. Aus den oben analysierten Bereichen greifen wir zu diesem Zweck die in den letzten Abschnitten analysierten Items aus der Frauenwahlumfrage 1997 und der Nachwahlbefragung von 2005 heraus. In Tabelle 19 sind die jeweiligen Zustimmungswerte der befragten Männer und Frauen dargestellt, sofern sich eine statistische Abweichung zwischen diesen beiden Gruppen feststellen lässt. Das Assoziationsmass ist wiederum mit Cramer's V festgehalten, das Signifikanzniveau auf dem (schwachen) 5%-Niveau bzw. auf dem starken 1%-Niveau angegeben.

Sowohl 1997 wie auch 2005 kann bei den Männern ein höheres Mass an Zufriedenheit mit dem Erreichten festgestellt werden. Umgekehrt bedeutet dies, dass bei den Frauen stärkerer Handlungsbedarf zur Gleichstellung von Frau und Mann gesehen wird und das bisher Erreichte als ungenügend eingestuft wird. Bemerkenswert ist ferner, dass sich 2005 bei zwei weiteren Items Differenzen in der Wahrnehmung von Männern und Frauen eingestellt haben. Einmal ist bei Frauen die Meinung stärker vertreten, dass erfolgreiche Frauen Neid wecken und auf Ablehnung stossen. Ob eine Ablehnung von Frauen, von Männern oder von beiden befürchtet wird, muss hier offen bleiben. Ferner zeigt sich mit hochsignifikanter Assoziation, dass die Männer viel eher das Vorurteil pflegen, dass Frauen Frauen auf den Stimmzetteln streichen: praktisch die Hälfte der Männer glaubt dies, aber nur rund ein Drittel der Frauen.

In der Einschätzung der erfolgversprechenden Eigenschaften von Kandidatinnen sind die Geschlechterdifferenzen kleiner geworden. 1997 gingen diesbezüglich noch bei sechs Merkmalen die Einschätzungen von Frauen und Männern auseinander, 2005 nur noch bei zwei: Männer attestieren Müttern grössere Chancen als die Frauen (85,9 vs. 78,5 Prozent), Frauen sehen Ehrgeizige stärker im Vorteil als die Männer (80,4 vs. 72,9 Prozent).

Bemerkenswert ist schliesslich, dass noch 1997 die Wirksamkeit von Förderinstrumenten von Männern und Frauen ohne signifikante Unterschiede eingeschätzt wurde. 2005 gingen die Ansichten von Frauen und Männern dagegen stark auseinander. Die Tendenz ist dabei einheitlich und unzweideutig: Frauen schätzen einen Grossteil möglicher Instrumente zur Förderung von Frauen positiver ein als Männer. Daraus kann abgeleitet werden, dass die Frauen eher eine aktive Förderung von Frauen in der Politik begrüssen als die Männer. Dies wird auch durch die Antworten auf die generelle Einstellung zur Förderung von Frauen unterstrichen: 1997 fanden dies knapp 55 Prozent der Männer und rund 67 Prozent der Frauen begrüssenswert; 2005 sank der Anteil bei den Männern auf knapp 38 Prozent, während bei den Frauen immer noch fast 57 Prozent die Förderung von Frauen begrüssen würden.

Tabelle 19: Signifikante Geschlechterdifferenzen in Aussagen, Einschätzungen und Einstellungen (1997 und 2005/Zustimmung in Prozent)

Einstellungen	1997			2005		
	Männer	Frauen	Cramer's V	Männer	Frauen	Cramer's V
Erfolgreiche Frauen wecken schnell Neid und stossen auf Ablehnung			n.s.	55.5	63.3	.08*
Frauen sollen zuerst politische Basisarbeit leisten, ehe sie kandidieren			n.s.			n.s.
Es sind hauptsächlich Frauen, die Frauen von den Wahllisten streichen			n.s.	49.9	35.4	.15**
Frauen sollen sich besser für familiäre und soziale Bereiche engagieren			n.s.			n.s.
Die bisherige Politik ist in Ordnung - es besteht kein Grund, Frauen zu wählen	30.3	23.1	.15**	42.2	28.4	.14**
Männer eignen sich besser für die Politik			n.s.			n.s.
Profil						
Höhere Ausbildung (vs. geringere)	91.4	97.2	.12*			n.s.
Verheiratet (vs. ledig)	91.1	73.7	.23**			n.s.
Berufstätig (vs. haushaltführend)			n.s.			n.s.
Mutter (vs. kinderlos)	88.6	69.3	.24**	85.9	78.5	.09*
Älter (vs. jünger)			n.s.			n.s.
Ehrgeizig (vs. genügsam)	68.9	79.3	.12*	72.9	80.4	.09*
Moderat (vs. streitlustig)	80.8	69.1	.13*			n.s.
Fortschrittlich (vs. konservativ)			n.s.			n.s.
Unauffällig (vs. auffällig)	48.7	60.6	.12*			n.s.
Förderinstrumente						
Bessere Vorbereitung durch Parteien			n.s.			n.s.
Unterstützung durch Familie und Bekannte			n.s.			n.s.
Unterstützung durch Medien			n.s.	68.2	75.4	.08*
Wahlempfehlungen zugunsten von Frauen			n.s.	32.0	50.5	.19**
Platzierung oben auf Wahllisten			n.s.	28.0	36.0	.08*
Hervorhebung in Wahlunterlagen			n.s.	26.5	33.6	0.7*
Frauenquote festlegen			n.s.			n.s.
Spezielle Frauenwahllisten			n.s.	10.2	16.7	.09**
Generelle Einstellung						
Sollen Frauen gefördert werden?	54.7	67.1	.13*	37.6	56.7	.19**

Quelle: Frauenwahlumfrage 1997; Nachwahlumfrage 2005. * = signifikant auf dem 5%-Niveau. ** = signifikant auf dem 1%-Niveau. n.s. = nicht signifikant.

Legende: 55,5 Prozent der Männer, 63,3 Prozent der Frauen finden, dass erfolgreiche Frauen Neid wecken (schwach signifikanter Unterschied).

5.5 Interpretation der Ergebnisse

Das Frauenbild im Zusammenhang mit der Politik hat sich zwischen 1997 und 2005 leicht gewandelt. Bei den meisten Parametern ist eine Tendenz zu einer Normalisierung feststellbar. Vorurteile und negative Images der Frauen sind leicht rückläufig. Es gibt aber immer noch in Minderheitssegmenten verbreitete Einstellungen, die zu einer Be-

nachteiligung von Frauen in der Politik führen können, etwa die Meinung, dass sich Frauen besser für familiäre und soziale Bereiche engagieren sollten oder dass sich Männer besser für die Politik eignen. Das geschätzte Anforderungsprofil an die Kandidatinnen hat sich zwischen den beiden Umfragezeitpunkten nicht wesentlich gewandelt, mit Ausnahme des Alters. Die Meinung, dass ältere Frauen bessere Wahlchancen haben, hat seit 1997 deutlich zugenommen.

Es ist Skepsis angebracht bezüglich der Frage, ob sich die Wahlchancen der Frauen künftig verbessern und ein höherer Frauenanteil im Landtag realisiert werden kann. Die erwähnten Normalisierungstendenzen bringen es nämlich auch mit sich, dass die Zufriedenheit mit dem Erreichten zugenommen hat, und dass entsprechend auch Massnahmen auf wahlrechtlicher Ebene – wie etwa eine Frauenquote für den Landtag – an Unterstützung verloren haben. Die Bereitschaft, Frauen gezielt zu fördern und zu unterstützen, hat massgeblich bei den Männern nachgelassen. Frauen haben dagegen deutlich stärker den Wunsch, dass die Förderung der Frauen in der Politik fortgesetzt wird.

Sowohl aus der Analyse des Wahlverhaltens wie auch aus der Analyse von Einstellungen geht hervor, dass die Frauen frauenfreundlicher eingestellt sind als die Männer. Insofern kann Hypothese 5 als bestätigt angesehen werden.

6 Zusammenfassung und Ausblick

Die Landtagswahlen 2005 haben zu einer Verdoppelung des Frauenanteils im Landtag geführt, nämlich von drei auf sechs Mandate. Dieser Mandatszuwachs ist zu einem grossen Teil günstigen Umständen zu verdanken, basiert also nicht vollständig auf verändertem Wahlverhalten oder veränderten Einstellungen der Wählerinnen und Wähler gegenüber den Frauen in der Politik. Zwischen 1997 und 2005 hat sich zwar die Position der Frau gegenüber den Männern in der Politik tendenziell verbessert, das Stimmendefizit ist geringer geworden, frauenfreundliches Wahlverhalten hat zugenommen, und frauendiskriminierende Einstellungen sind leicht rückläufig. Insgesamt verbleiben aber die Männer noch immer in einer günstigeren Position und weisen bessere Wahlchancen auf. Eine wenig ausgeprägte frauenfreundliche Haltung bei den jüngeren (männlichen) Wählern, die nachlassende Themenwichtigkeit und -aufmerksamkeit, sowie weiter bestehende Vorurteile gegenüber Frauen in der Politik zeigen die Notwendigkeit auf, nach den Wahlen 2005 keine Entwarnung zu geben. Die Zufriedenheit mit dem Erreichten kann schnell in Rückschläge münden. Es ist daher ratsam, den Frauenanteil von 24 Prozent im liechtensteinischen Landtag als Zwischentappe auf dem Weg zu weiteren Fortschritten und als Ermunterung zu weiteren Aktionen anzusehen, um mit neuen Zielsetzungen den politischen Prozess auch künftig zu begleiten. Es gibt immer noch viel zu tun.

7 Literatur

- Bundesamt für Statistik/Eidg. Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann/Eidg. Kommission für Frauenfragen (Hrsg.)* (2003). Die Frauen bei den Wahlen 1999-2003. Der lange Weg ins Parlament. Neuchâtel. Broschüre.
- Bundesamt für Statistik/Eidg. Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann* (2004). Auf dem Weg zur Gleichstellung? Neuchâtel. Broschüre.
- Eidgenössische Kommission für Frauenfragen* (2003). Blickfeld Gender. 13 Empfehlungen für Medienschaffende zu den eidgenössischen Wahlen 2003. Bern.
- Frauenprojekt Liechtenstein* (1994). Inventur. Zur Situation der Frauen in Liechtenstein. Bern/Dortmund. eFeF.
- Frick, Julia* (2005) Frauenerwerbsarbeit im Liechtenstein der Nachkriegszeit bis zum Beginn der 70er Jahre. Von Mädchen, Töchtern, Fabriklerinnen und Bürofräuleins und den ersten weiblichen Arbeitskräften von Vater Staat. Liz. Univ. Fribourg. Schaan. Typoskript.
- Geissel, Brigitte/Penrose, Virginia* (2003). Dynamiken der politischen Partizipation und Partizipationsforschung - Politische Partizipation von Frauen und Männern. gender.politik.online/September 2003.
- Hardmeier, Sibylle/Klöti, Anita* (2003). Präsenz, Themen und Selbstdarstellungsstrategien in der Wahlkampfkommunikation: Eine Inhaltsanalyse zu Doing Gender bei den eidgenössischen Wahlen 2003 (im Auftrag der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen. Universität Zürich/Institut für Politikwissenschaft. Zürich/Bern
- Hardmeier, Sibylle/Klöti, Anita* (2004). Doing Gender in der Wahlkampfkommunikation? Eine Analyse zur Herstellung und Darstellung von Geschlecht im Rahmen der Presseberichterstattung zu den eidgenössischen Wahlen 2003, in: Eidgenössische Kommission für Frauenfragen (Hrsg.): Doing Gender in der Wahlkampfkommunikation? Frauenfragen 2.2004. S. 11-22.
- Herovitsch, Daniela* (1992). Die Veränderung der politischen Situation der Frau im Fürstentum Liechtenstein seit der Einführung des Frauenstimmrechtes im Jahr 1984, Diplomarbeit (Magister) Universität Salzburg. Salzburg.
- Hersche, Sonja* (2005). Sag mir, wo die Frauen sind. Ursachen für die Unterrepräsentanz von weiblichen Führungskräften in der Wirtschaft im Fürstentum Liechtenstein. Magisterarbeit Psychologie, Fakultät der Kulturwissenschaften, Universität Klagenfurt. Mauren. Typoskript.
- Holtz-Bacha, Christina* (2003). Die Darstellung von Politikerinnen in den Medien, in: Eidg. Kommission für Frauenfragen (Hrsg.): Medien, Geschlecht und Politik. Frauenfragen 1/2003. Bern. S. 47-49.
- Kommission für die Gleichberechtigung von Mann und Frau* (1998a). Massnahmenkatalog vom 15. Mai 1998 zur ausgewogenen Vertretung von Frauen in allen politischen Gremien in Liechtenstein. Vaduz. Typoskript.
- Kommission für die Gleichberechtigung von Mann und Frau und Gleichstellungsbüro der Regierung* (1998b). Ohne Frauen ist kein Staat zu machen. Zur ausgewogenen Vertretung von Frauen in allen politischen Gremien. Vaduz. Broschüre.
- Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann* (2002). Das Feld, das mir nicht gehört. Checkliste für Parteien. Vaduz. Typoskript.
- Kutschera, Andrea/Miko, Katharina/Sauer, Birgit/Supper, Sylvia* (2000). Das Feld, das mir nicht gehört. Eine Studie zur Frauenpolitik in Liechtenstein. In Auftrag gegeben von der Kommission für Gleichstellung von Mann und Frau. Wien. Typoskript.
- Marr, Mirko* (2003). Frauen im Journalismus - Raumgewinn mit Hindernissen, in: Eidg. Kommission für Frauenfragen (Hrsg.): Medien, Geschlecht und Politik. Frauenfragen 1/2003. Bern. S. 17-18.

- Marxer, Veronika* (1994). Zur Einführung des Frauenstimmrechts in Liechtenstein, in: Frauenprojekt Liechtenstein (Hrsg.): Inventur. Zur Situation der Frauen in Liechtenstein. Bern/Dortmund. eFeF. S. 169-209.
- Marxer, Wilfried* (1997). Landtagswahlen vom 2. Februar 1997: Wahlergebnis der Frauen. Resultate einer repräsentativen Volksbefragung und von schriftlichen Umfragen bei den Landtagskandidatinnen und den Ortsgruppenvorsitzenden der Parteien (inkl. Tabellenband) (Hrsg. Regierung des Fürstentums Liechtenstein). Vaduz. Typoskript.
- Marxer, Wilfried* (2000a). Männer und Frauen in der liechtensteinischen Tagespresse. Standardisierte quantitative Analyse der geschlechterspezifischen Unterschiede in der Berichterstattung der liechtensteinischen Tageszeitungen. BERN. Typoskript.
- Marxer, Wilfried* (2000b). Wahlverhalten und Wahlmotive im Fürstentum Liechtenstein. Diss. Univ. Zürich. Vaduz. Verlag der Liechtensteinischen Akademischen Gesellschaft.
- Marxer, Wilfried* (2004a). 20 Jahre Frauenstimmrecht - eine kritische Bilanz. Erweiterte Fassung eines Vortrages zur Jubiläumsveranstaltung "20 Jahre Frauenstimmrecht" am 26. Juni 2004 in Vaduz. BERN. Beiträge Liechtenstein-Institut Nr. 19/2004.
- Marxer, Wilfried* (2004b). Medien in Liechtenstein. Strukturanalyse der Medienlandschaft in einem Kleinstaat. Vaduz. Verlag der Liechtensteinischen Akademischen Gesellschaft.
- Meuli, Urs/Ladner, Andreas* (2000). Frauen in den Gemeindeexekutiven 1988 bis 1998. Kleine Zürcher Gemeindestudien. Zürich. Soziologisches Institut der Universität Zürich.
- Nyffeler, Bettina* (2001). Eidgenössische Wahlen 1999: Medien, Politik und Geschlecht. (Hrsg.: SRG, SSR idée suisse Forschungsdienst/Eidg. Kommission für Frauenfragen). Bern. Typoskript.
- Schumann, Siegfried* (2001). Persönlichkeitsbedingte Einstellungen zu Parteien. München. Oldenbourg.
- Schumann, Siegfried* (2005). Die ASKO-Skala, in: Schumann, Siegfried (unter Mitarbeit von Harald Schoen) (Hrsg.): Persönlichkeit. Eine vergessene Grösse der empirischen Sozialforschung. Wiesbaden. Verlag für Sozialwissenschaften. S. 41-57.
- Seitz, Werner* (2003). Die Frauen bei den eidgenössischen Wahlen 2003: Stolpersteine auf dem Weg zur politischen Gleichstellung, in: Eidg. Kommissison für Frauenfragen (Hrsg.): Medien, Geschlecht und Politik. Frauenfragen 1/2003. S. 51-56.
- Sochin, Martina* (i.Vorb.) Karriereverlauf von Männern und Frauen am Beispiel einer Abschlussklasse der Realschule Eschen. Beiträge Liechtenstein-Institut. BERN.
- Stämpfli, Regula* (1997). Wissenschaftliche Expertise zum "Massnahmenkatalog zur ausgewogenen Vertretung von Frauen in allen politischen Gremien" in Liechtenstein. Brüssel. Typoskript.
- Stämpfli, Regula* (1998). Referatstext vom 13. März 1998 (zum Massnahmenkatalog zur ausgewogenen Vertretung von Frauen in allen politischen Gremien in Liechtenstein". Brüssel. Typoskript.
- Stalder, Sonja* (2004). Eidgenössische Wahlen 2003: Medien, Politik und Geschlecht. Eine geschlechtsspezifische Analyse des Informationsangebotes von Schweizer TV- und Radio-Stationen im Vorfeld der eidgenössischen Wahlen 2003 (im Auftrag der SRG SSR idée suisse, der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen und des Bundesamtes für Kommunikation). Bern

* * * * *

